

Die „Freiheit“ erscheint täglich zweimal, Sonntags und Montags nur einmal, mit dem Unterhaltungsbeilage „Freie Welt“ — „Frauen-Welt“ und „Der Jugend-Gesundheits“. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus monatlich 21.— M. für den Monat Januar, im voraus zahlbar. Für Vorkosten nehmen sämtliche Postämter Bestellungen entgegen. Unter Streifenbogen für Deutschland, Tschechien, das Saar- und Memelgebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Ostens und Litauen 25.— M., für das übrige Ausland 30.— M.

Die zehnsprachige Konvaleszenzliste oder dem Namen kostet 8.— M. einschließlich Anfertigung, kleine Anzeigen: Das jetzige Heft 2.50 M., jedes weitere Heft 1.75 M. einschließlich Anfertigung. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Angebote 4.00 M. netto pro Zeile. Stellen-Angebote in Wort-Anzeigen: Das jetzige Heft 2.— M., jedes weitere Heft 1.50 M.

Fernsprecher: Zentrum 152 30—152 39

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Das Ministerium Poincaré

Von Pierre Renaudel

Aus den Berichten der französischen Zeitungen über die Lösung, die die Krise hervorgerufen hat, kann man schließen, daß wenn Briand die Vertrauensfrage gestellt, ihn noch eine bedeutende Mehrheit gestützt hätte. Sein Rücktritt erklärt sich nur aus den inneren Meinungsverschiedenheiten in seinem Kabinett und wahrscheinlich auch aus seiner Uneinigkeit mit dem Präsidenten der Republik. Ich habe schon hervorgehoben, daß dieser Grund des Rücktritts der Ausgangspunkt für eine Krise sein könnte, in die die Person des Präsidenten selbst schließlich verwickelt werden könnte.

Wie dem auch sei, Briand scheint in dieser Weise manövriert zu haben, um seinen Nachfolger zugleich zu binden und ihm doch der Kammer gegenüber eine gewisse Freiheit zu verschaffen. Er legte ihm durch die Darlegung seiner Politik und ihrer Resultate bestimmte Verpflichtungen auf. Indem er aber der Kammer keine Gelegenheit gab, sich gegen die bisher von der Regierung geführte Politik auszusprechen, ließ er seinem Nachfolger die Freiheit, wenn er klug ist, diese Politik fortzusetzen.

Aber ob er will oder nicht, Poincaré ist in großer Gefahr, mitgerissen zu werden. In Wirklichkeit hat er das Kabinett der „nationalen Einheit“, von dem er sprach, gar nicht zustande bringen können. Diese Fiktion war seit langem tot. Die Entscheidung der Radikalen und der radikalen Sozialisten hat dieses Gespenst definitiv vertrieben. Die radikale Partei hat bestimmt, „daß der nationale Block allein die Verantwortlichkeit für ein nur aus seinen Mitgliedern gebildetes Ministerium übernehmen muß“. Der Ruf, den Poincaré an Herriot und Dornierge ergehen ließ, ist nicht erhört worden. Es ist also der nationale Block an der Macht, und Poincaré ist sein Chef.

Das kann nicht ohne politische Konsequenzen bleiben. Briand hatte sich augenscheinlich bemüht, sich vom nationalen Block unabhängig zu machen und von der Linken Teile heranzuziehen, mit denen er seine Majorität bildete. Dadurch wirkte er wie ein Schild für den nationalen Block anseinerseits der Feindseligkeit des Landes. Und da er durch seine anscheinungsvolle Politik selbst nie ganz unbedeckt war, konnten die Dinge im ganzen leidlich verlaufen.

Jetzt kann es so nicht mehr gehen. Selbst wenn die radikale Partei erklärt hat, daß ihre Entscheidung nicht „als ein Akt von vorgefaßter Feindseligkeit“ betrachtet werden dürfe, wird das Vertrauen, das sie der neuen Regierung bewilligen wird, nicht über die ersten Sitzungen hinausgehen.

Herr Poincaré wird also wohl für den nationalen Block regieren müssen, und von dem ersten Moment wird ihm die offene oder die versteckte Feindseligkeit der Linken gewiß sein. Daß der nationale Block ihm die Möglichkeit geben wird, dieses Eis zu brechen, ist wenig wahrscheinlich. Das „Echo de Paris“, das Blatt des nationalen Blocks, entfaltet jetzt eine wütende Hege gegen die Politik Briands. Ferninag rächt sich für das Abenteuer in Washington, dessen Folge die unangenehmen italienischen Zwischenfälle und Demonstrationen waren. Das „Echo“ spricht von der Saqgasse, in die die ungeliebte Politik Briands geführt habe und sagt ihm an, „ein Zerleger der nationalen Energien gewesen zu sein“. Der Ton der Polemik läßt erkennen, bis zu welchen Feindseligkeiten gegen die bisherige Politik man sich hinreißt.

Auf alle Fälle wird Poincaré die ganze Verantwortung für die Politik des nationalen Blocks auf sich nehmen müssen. Sie sind nun einmal solidarisch. Sie sind es um so mehr, als die Regierung Poincaré ihr Gepräge ausschließlich durch die Person des Ministerpräsidenten erhält. Die von ihm gewählten Minister haben persönlich keinen Eigenwert.

Drohend erhebt sich vor dem neuen Kabinett das Finanzproblem. Mit den engen konservativen, dem Egoismus der besitzenden Klassen entspringenden Plänen kann es ebenso wenig gelöst werden, als mit der veralteten, heute so gänzlich veralteten Formel des früheren Finanzministers Klotz: „Deutschland wird alles zahlen!“ So werden wir den Block National sehr bald vor dem Geständnis seiner Ohnmacht und seinen Chef vor der erdrückenden Last seiner Verantwortung sehen. Dann wird vielleicht der Ruf, den die Sozialisten in der Kammer erhoben haben, der Ruf nach der Auflösung der Kammer, der einzige sein, der der politischen Notwendigkeit genügt.

ziellen Standpunkt den französischen Interessen. Der neue Ministerpräsident habe seine Auffassung keineswegs verheimlicht, in hundert Artikeln in allen Zeitungen und Zeitungen habe er unaufhörlich geschimpft und sich als Vorkämpfer einer starken Politik in die Brust geworfen. In dieser Politik hätten England und Italien kategorisch Nein gesagt. Also werde Frankreich allein dastehen. Man könne das Zwangsverfahren nicht anwenden, wenn man eine so ungeheure Schuld einzubringen habe wie die, die der letzte Krieg zurückgelassen habe.

Belgisches Urteil über Cannes

Brüssel, 16. Januar.

Wie „Soir“ berichtet, haben die aus Cannes zurückgekehrten Minister Theunis und Jaspar dem König Vortrag über die Ergebnisse der Konferenz gehalten. Einem Redakteur des Blattes erklärten beide Minister, das Prioritätsrecht Belgiens sei in Cannes als unerlässlich bezeichnet worden. Ein zweites wichtiges Ergebnis sei der englisch-belgische Defensivvertrag, dessen Protokoll unterzeichnet worden sei. Für die Konferenz von Genua habe die belgische Delegation eine wesentliche Bedingung gestellt. Rußland müsse sich nicht nur zur Rückzahlung der Schulden des Staates verpflichten, sondern auch die Schulden der Provinzen und Städtebehörden zurückzahlen und die Rückgabe der belgischen Fabriken, die beschlagnahmt worden seien, garantieren. Belgien habe bekanntlich für 3 1/2 Milliarden Goldfrancs in der russischen Industrie angelegt, und es sei deshalb gut, wenn die Defensivität erfahre, daß Garantien für die Zukunft genommen worden seien.

Rückzahlung der alliierten Schulden

CC. Paris, 17. Januar.

Sobald der amerikanische Kongreß den beiden Häusern das Gesetz über die Rückzahlung der alliierten Schulden angenommen haben wird, soll zwischen der amerikanischen Regierung und den Alliierten Verhandlungen über die Rückzahlung der Schulden begonnen werden. Diese sollen zunächst mit Großbritannien, dann mit den anderen Staaten aufgenommen werden. Man glaubt zu wissen, daß die Lage jedes einzelnen Landes von der amerikanischen Regierung geprüft werden wird und daß von ihr der Zahlungsfähigkeit der einzelnen Länder Rechnung getragen wird.

Französischer Ministerrat

CC. Paris, 17. Januar.

Der französische Ministerrat trat heute unter dem Vorsitz Millerands nach der Neubildung des Kabinetts zum erstenmal zusammen. Der Ministerpräsident Poincaré besprach zunächst die auswärtige Lage und berichtete über seine Unterhaltungen mit Lloyd George und Lord Curzon. Der Finanzminister De Lasteyrie gab ein Gesamtbild der Finanzlage Frankreichs und teilte mit, daß er der Kammer demnächst den Haushaltsplan für 1923 vorlegen werde. Der Minister des Inneren, Maunoury, ließ von dem Präsidenten ein Diktat unterzeichnen, wonach der Generalgouverneur für Algerien, Théodor Steeg, sein Amt ein weiteres halbes Jahr behalten soll. Der Minister für öffentliche Arbeiten, Le Trocquer, konnte dem Ministerrat Mitteilung von der erfolgten Einigung zwischen Bergwerksbesitzern und Bergarbeitern in den nördlichen Departements in der Lohnfrage machen.

In dem am Donnerstag stattfindenden Ministerrat soll die Regierungserklärung besprochen werden, die in der Kammer am gleichen Tage verlesen werden wird.

Die Unterredung zwischen Lloyd George und Briand

Paris, 16. Januar.

„Temps“ faßt im Hinblick auf die Unterredung, die zwischen Poincaré und Lloyd George stattgefunden hat, die politische Lage wie folgt zusammen:
1. Weit entfernt, den gemeinsamen Sieg der Alliierten zu verleugnen, verfolge die englische Regierung den Zweck, die nach dem Siege unterzeichneten Verträge ausrecht zu erhalten.
2. Das französisch-englische Abkommen erweise ihr wie den Franzosen als die Grundlage jeder Politik zur Wahrung des europäischen Friedens.
3. Der Kongreß von Genua könne für die Entwicklung einer solchen Politik die größte Bedeutung haben.
4. Frankreich werde seinen eigenen Interessen am besten dienen, wenn es großmütige Gedanken in die Welt setze, sie verteidige, und ihnen anpasse.
Gaston Jéze verlangt in „Ere Nouvelle“ von dem neuen Ministerium offenes Spiel. Er beruft sich darauf, daß die französischen Demokraten die ersten gewesen seien, die eine Wiederanknüpfung der friedlichen Beziehungen zu allen Völkern verlangten. Die Isolierung widerspreche auch vom wirtschaftlichen und finan-

Nicht pressen lassen!

Die Beratungen über das Steuerkompromiß sind im vollen Gange. Mit großem Eifer sucht die Regierung die Linie zu finden, auf der sich nach ihrer Meinung eine Verständigung zwischen den bürgerlichen Parteien und den sozialistischen Parteien über die Steuervorlagen finden läßt. Bei diesen Beratungen spielt der Hinweis der Regierung auf die angeblich gerechte Verteilung der Steuerlasten, wie sie durch die Regierungsvorlagen erfolgen würde, eine große Rolle. Das vom Finanzministerium errechnete Verhältnis von 51 Prozent Belastung des Besitzes gegenüber 42 Prozent Belastung des Verbrauches und 7 Prozent Belastung des Verkehrs soll dartun, daß die Steuervorlagen der Regierung den Besitz in ausreichendem Maße zu den großen Lasten heranzuziehen beabsichtigen. Die Zahlen des Finanzministeriums aber sind nur künstliche Konstruktionen, die einer ernsthaften Prüfung nicht standhalten. So stehen zum Beispiel in den 51 Prozent angeblicher Belastung des Besitzes auch die vielen Milliarden, die durch den Lohnabzug, also die schärfste Belastung auch der kleinsten Einkommen, eingehen. Würde man diese Beträge abrechnen, so würde sich naturgemäß bereits hierdurch ein ganz anderes Bild über die Verteilung der Lasten ergeben.

Von noch größerer Bedeutung aber als die Form der Besteuerung ist ihre Wirkung. Hatte man früher angenommen, daß Besitzsteuern zu den nicht abwälzbaren Steuern gehören und von den Besitzenden aus ihrem Vermögen bzw. Einkommen geleistet werden müssen, so herrscht heute fast allgemein Uebereinstimmung darüber, daß gegenwärtig die Möglichkeit der Abwälzung auch bei Besitzsteuern in sehr hohem Maße gegeben ist. Vor allen Dingen deshalb, weil bei der rasch fortschreitenden Geldentwertung die Preise aller Waren dauernd steigen und Steuerlasten, ähnlich wie andere Aufkosten, leichter als früher in die Kalkulation mit einbegriffen werden können. Gefördert wird diese Abwälzbarkeit durch die überaus langsame Einziehung der Steuern. Da sie erst Jahre nach der Veranlagung erfolgt, so erleichtert sie die Abwälzbarkeit in hohem Maße.

Dadurch ist ein weiterer erheblicher Unterschied zwischen den Besitzsteuern und den Verbrauchsteuern gegeben. Die Verbrauchsteuern bedürfen keiner Veranlagung. Sie müssen von dem Verbraucher beim Kauf der Ware gezahlt werden und könnten unmittelbar darauf in die Reichskasse fließen. Das trifft für alle Verbrauchsteuern zu, die in dem umfangreichen Steuerbulet der Regierung enthalten sind. Ob Kohlensteuer oder Umsatzsteuer, ob Bier- oder Zuckersteuer, sie alle werden sofort von dem Tage an wirksam, an dem sie in Kraft treten.

Ganz anders die Besitzsteuern. Die von der Regierung vorgeschlagene Vermögenssteuer wird, selbst wenn sie jetzt die Zustimmung der gesetzgebenden Körperschaften erhält, überhaupt erst am 1. Januar 1923 in Kraft treten, also ein volles Jahr später als die Verbrauchsteuern. Bei den übrigen Vermögenssteuern ist der Termin sogar bis 1925 hinausgeschoben.

Was aber bedeutet das? Ist das gleichbedeutend mit der Entziehung der Steuer durch die Besitzenden unmittelbar von diesem Zeitpunkt ab? Nein. Das bedeutet lediglich, daß das Vermögen, das an diesem Tage vorhanden ist, nun der Veranlagung unterworfen wird. Das heißt, es beginnt erst das überaus schwierige, umständliche und zeitraubende Veranlagungsgeschäft durch die Finanzbehörden. Beginn der Veranlagung aber ist durchaus nicht gleichbedeutend mit seiner Durchführung. Zwischen beiden Terminen liegen günstigstenfalls Monate, können aber sogar Jahre liegen.

Wie schlimm es gegenwärtig mit der Durchführung der Veranlagung und der davon abhängenden Einziehung der schon vor Jahren beschlossenen Besitzsteuern bestellt ist, ist in der letzten Zeit häufig öffentlich auseinandergesetzt worden. Auch die Regierung hat erklärt, daß die Steuerbehörden nicht imstande seien, ohne eine längere Pause weitere Aufgaben zu übernehmen. Aber die bisherigen Mitteilungen haben doch nur ein unzulängliches Bild von den Mängeln des Steuerapparats verschafft. Und besonders die Darstellung der Regierung, als ob die Veranlagung der Einkommensteuer im ganzen Deutschen Reich im Laufe des Januar abgeschlossen werde, erweist sich als eine viel zu optimistische Schilderung, die anscheinend nur die Verhinderung der von den sozialistischen Parteien und den Gewerkschaften zur sofortigen Einziehung der rückständigen Besitzsteuern geforderten Maßnahmen bezweckt.

Im Finanzpolitischen Ausschuß des Reichswirtschaftsrats haben in den letzten Wochen Verhandlungen über die Neuorganisation der Steuerbehörden stattgefunden. Die Ergebnisse der Vernehmung der dort gehörigen Sachverständigen sind außerordentlich lehrreich. Sie haben erwiesen, daß das Versagen des Steuerapparats nicht auf die nach der Revolution vorgenommene Neuorganisation zurückzuführen ist, sondern daß bereits während der Kriegsjahre so große Rückstände bei den Steuerbehörden bestanden, daß sie damals bereits mit der Steuerveranlagung um Monate und Jahre zurück waren.

Beamtenbewegung und freie Gewerkschaften

Die gesprenzte Einheitsfront

Von den an der Teuerungsbewegung beteiligten freien Gewerkschaften wird uns geschrieben:

Durch die vom Deutschen Beamtenbund und dem christlichen Deutschen Gewerkschaftsbund dem Reichstag übermittelten Eingaben ist die Einheitsfront der an den bisherigen Verhandlungen über die Neuregelung der Löhne der Arbeiter, Angestellten und Beamten des Reiches und der Länder beteiligten Spitzenverbände gesprengt worden. Die dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund und dem IFA-Bund angeschlossenen und für die Bewegung in Betracht kommenden Verbände müssen es ablehnen, sich diesem, allen gewerkschaftlichen Gepflogenheiten widersprechenden Vorgehen anzuschließen. Das nur von agitatorischen Gesichtspunkten getragene Verhalten des Deutschen Beamtenbundes gefährdet aufs äußerste den Fortgang der mit der Reichsregierung noch schwebenden Verhandlungen über die Festsetzung der Ueberzeugungsgelöshöhe und ihre Uebertragung auf alle Arbeiter, Angestellten und Beamten sowie über die anderen noch zu regelnden Fragen. Von dem Ergebnis dieser Verhandlungen wird die endgültige Stellungnahme der freien Gewerkschaften abhängen.

Von der Preßabteilung des Deutschen Eisenbahnerverbandes wird uns zur besseren Beleuchtung der Lage ferner geschrieben:

Der Vorstand des Deutschen Beamtenbundes veröffentlicht einen Beschlus seiner Vorstandssitzung vom 14. Januar, in dem er zum Ausdruck bringt, daß nach Prüfung aller Verhältnisse er dem Vorschlag seiner an den Verhandlungen mit der Regierung beteiligten Vertreter nicht beitreten kann. Der Vorstand behält sich die zur Durchsetzung seiner Forderungen notwendigen Maßnahmen vor.

Durch diesen Beschlus bringt der Deutsche Beamtenbund in aller Deutlichkeit zum Ausdruck, daß er keine Verhandlung desanuliert und andere notwendige Maßnahmen treffen wird. Wie inzwischen weiter bekannt geworden ist, hat der Deutsche Beamtenbund am 18. Januar eine Eingabe an den Reichstag gerichtet, in der eine Revision der Grundgehälter und eine weitere Erhöhung des Teuerungszulages für die ersten Einkommensteile gefordert wird. Es ist selbstverständlich das gute Recht des Deutschen Beamtenbundes, Beschlüsse zu fassen, wie er sie für zweckmäßig hält. Aber soweit es sich um die an den Reichstag gerichtete Eingabe handelt, muß festgestellt werden, daß durch diese Haltung der Deutsche Beamtenbund aus der Einheitsfront mit den Spitzenverbänden ausgeschieden ist. Auf seine eigene Macht gestützt, will er Gewerkschaftspolitik machen.

Ueberraschenderweise hat sich aber der Deutsche Gewerkschaftsbund, der die christlichen Organisationen zusammenschließt, bemüht, den Deutschen Beamtenbund noch zu übertrumpfen, indem

auch er eine Eingabe an den Reichstag richtete und darin zum Ausdruck bringt, daß diesmal keine festen Vereinbarungen getroffen worden seien, die Regierung und Organisationen binden. Aus diesem Grunde verlangt er es maßlos vom Reichstag eine Verringerung der Grundgehälter und als Mindestbetrag einer erträglichen Aufbesserung 2000 Mark für die Beamten, sowie entsprechende Umrechnungen des Betrages für die Arbeiter. Es bedarf keines besonderen Hinweises, daß es sich in dem Vorgehen des Deutschen Beamtenbundes und des Deutschen Gewerkschaftsbundes lediglich um agitatorische Maßnahmen handelt. Beide Organisationsrichtungen haben demnach die Einheitsfront in aller Form gesprengt und machen eine Politik, die sie für gut finden.

Ob das Personal der Reichs- und Staatsbetriebe davon einen Vorteil haben wird, bleibt abzuwarten. Der Deutsche Eisenbahnerverband hat selbstverständlich auch das Bestreben, die Lebenshaltung seiner Mitglieder auf das denkbar günstigste Niveau zu bringen. Aber er verzichtet nicht auf die dem agitatorischen Wetteifer anderer Organisationen zu beteiligen. Er hat nie einen Zweifel darüber gelassen, daß er im Notfall, und wenn alle anderen Mittel verfallen, bereit ist, auch das äußerste gewerkschaftliche Kampfmittel anzuwenden, um die Existenzverhältnisse der Eisenbahner zu verbessern. Augenblicklich handelt es sich um eine Bewegung, die noch nicht zum Abschluß gekommen ist, weil die Frage der Ueberzeugungsgelöshöhe noch keine endgültige Lösung gefunden hat. Erst wenn darüber völlige Klarheit geschaffen ist, wird auch der Deutsche Eisenbahnerverband eine endgültige Stellung einnehmen.

Nicht unerwähnt soll bleiben, daß der Deutsche Gewerkschaftsbund am Verhandlungstische mit der Regierung kein Wort darüber gesprochen hat, daß ihm die zustandgekommene Vereinbarung nicht paßt und daß er sich vorbehält, andere Maßnahmen zu treffen. Das Personal der Reichs- und Staatsbetriebe kann nicht ernstlich genug gewarnt werden, dem unverantwortlichen Treiben gewisser Organisationsrichtungen zu folgen, die lediglich ihre agitatorischen Bedürfnisse befriedigen wollen. Die Zeiten sind wirklich zu ernst dazu, um Agitationsfragen auf Kosten der Lebenshaltung der deutschen Arbeiter, Angestellten und Beamten zu behandeln.

Die Darlegungen der führenden Körperschaften der freien Gewerkschaften, die an der Besoldungsbewegung beteiligt sind, bestätigen jedes Wort, das wir gestern über die durch das Vorgehen der anderen Beamtenverbände geschaffenen Lage geschrieben. Von der unsachlichen Hier nach dem Sondererfolg, von ihrem Agitationsbedürfnis geleitet, wenden die nicht im Lager der freien Gewerkschaften stehenden Beamtenverbände Methoden an, die zur Auflösung der Beamtenfront führen und für die Beamtenfront selbst die schlimmsten Zustände herbeiführen müßten. Sie würden auch die gewerkschaftliche Beamtenbewegung aufs schwerste schädigen, wenn nicht die freien Gewerkschaften die Gewähr für die Durchführung einer vernünftigen, sachlich begründeten und Erfolg versprechenden Gewerkschaftspolitik bieten würden.

Diese Zustände wurden insbesondere als noch gegenwärtig für Bayern zutreffend hingestellt. Ein Verwaltungsinspektor aus München erklärte, daß die Einkommensteuerveranlagung für 1920 in ganz Bayern noch in größtem Rückstande sei. Am schlimmsten lägen aber die Verhältnisse bei den Finanzämtern in München. Hier sei erst vor ein paar Wochen die bayerische Steuerveranlagung für das Kalenderjahr 1919 (!) endgültig abgeschlossen. Er fügte ferner hinzu:

„So ist es denn auch kein Wunder, wenn Steuerveranlagungsbeamte in München erklären, daß sie noch gar nicht daran denken, an die Veranlagung der Einkommensteuer 1920 (! D. Red.) zu gehen. Soweit München in Betracht kommt, bzw. zweifellos sehr stark, ob vor Sommer 1922 die Einkommenssteuer- und Körperschaftsteuerveranlagung 1920 vollständig erfolgt sein wird.“

In München herrscht augenblicklich unter der gesamten arbeitenden Bevölkerung eine tiefe Mißstimmung, weil die Geschäftsverhältnisse bei den Münchener Finanzämtern derart mangelhaft sind. Diese Erregung wurde noch gesteigert durch die folgenden im Finanzausschuß des Stadtrats München kürzlich öffentlich festgestellten Tatsachen:

In München sind bis zum 1. Juli 1921 rund 163 1/2 Millionen Mark Einkommenssteuer für 1920 eingegegangen. Hierunter sind nur etwa 40 1/2 Millionen Mark Einkommenssteuer von Personen, die unter das Steuerabzugsystem nicht fallen und nach § 58 des Einkommenssteuergesetzes Vorauszahlungen zu leisten haben.

Die unter das Steuerabzugsystem fallenden Personen haben dagegen 123 Millionen Mark durch Abzug vom Ueberschuß gezahlt. Diese Summe war schon am 31. März 1921, das ist der Schluß des Rechnungsjahres, in Händen des Reiches.

Noch schlimmer liegen die Verhältnisse bei der Körperschaftsteuer 1920. So sind von den Aktiengesellschaften, G. m. b. H. und Genossenschaften in München bis zum 31. März 1920 nur 190 Mark und bis zum Juli 1921 nur 5 108 565 Mark an Körperschaftsteuer für 1920 eingegangen. So liegen die Dinge in München; im übrigen Bayern sind sie nicht besser.

Die beschleunigte Reichsnotopferveranlagung wird im großen und ganzen in ganz Bayern vollendet sein. Sie ist natürlich ganz der gesetzlich vorgeschriebenen „Beschleunigung“ angepaßt. Es kann zur Zeit als ausgeschlossen gelten, daß die Finanzämter innerhalb der nächsten drei Jahre dazu kommen werden, die Reichsnotopferveranlagung nachzuprüfen. Eine ungeheure Ungerechtigkeit gegenüber den anderen Bürgern liegt hierin.

Die Veranlagung der Kriegsaufgabe vom Vermögen zu wachst ist zum großen Teil beendet; dagegen noch nicht bei den großen Finanzämtern.

Die Umsatzsteuerveranlagung ist zum Teil auch bei den kleinsten Finanzämtern noch im Rückstand. Dieser Veranlagung wird heute immer noch nicht die Bedeutung zugemessen, die ihr als Grundlage für die anderweitigen Steuerveranlagungen zukommt.

Bedarf es nach diesen gravierenden Tatsachen, die nicht nur für Bayern, sondern auch für zahlreiche andere Bezirke Deutschlands Geltung haben, noch des besonderen Hinweises, daß Vermögenssteuern, selbst wenn sie jetzt beschlossen würden, nur auf dem Papier stehen werden? Sie kommen für die gegenwärtigen Notstände des Reiches nicht in Frage. Sie sind nur Dekoration, sie sollen eine Bestrafung vorläufigen, die nicht vorhanden ist und die nicht eintreten wird, weil durch Geldentwertung und verzögerte Einziehung dieser Steuern die Abwälzbarkeit in hohem Maße gegeben ist.

Es ist deshalb dringend notwendig, daß von den Methoden der bisherigen Steuererhebung abgegangen wird. Der beste Weg zur gerechten Heranziehung des Besitzes, zur schnellen Erhebung der vom Reich benötigten Mittel ist die Erfassung der Sachwerte. Ohne sie ist eine wirksame Heranziehung des Besitzes undenkbar.

Die Münchener Rechtssozialisten gegen das Steuerkompromiß

Drahmelung unseres Korrespondenten München, 17. Januar.

In einer Funktionärerversammlung des Münchener rechtssozialistischen Vereins wurde einstimmig folgender Entschluß gefaßt: Die Verammlung der Funktionäre richtete an die sozialdemokratische Fraktion des Deutschen Reiches das Ersuchen, einen Eingriff in die Vermögenssubstanz mit allem Nachdruck zu fördern und auf der weiteren Durchführung dieser Maßnahmen zu bestehen. Die Fraktion wird ersucht, sich von diesem Wege nicht durch den Erfolg einer nicht genügenden Vermögenssteuer ablenken zu lassen und in dieser Frage kein Kompromiß zu schließen.

Polizeischneffelei in München

Seit mehreren Tagen führt die Münchener Polizei in Privatwohnungen in München eine sogenannte Fremdenkontrolle durch, wobei sie sich auf die Notwendigkeit einer sogenannten Wohnungskontrolle im Interesse der Münchener Einwohnerschaft beruft. Dies ist natürlich nur ein Vorwand. In Wirklichkeit schnüffelt die Polizei ohne irgendwelche gesetzliche Handhabe nach Sozialisten, Kommunisten und gallischen Juden, von welsch letzteren sie auch in der Tat ein Exemplar gefunden hat. Die großen Wohnungen der Herren Reaktionen hat man noch nicht gefunden, obwohl sie aller Welt in Form von kolossalen Palästen sichtbar sind.

Neue kommunistische Aktionen

In der gestrigen Stadtverordnetenversammlung haben sich, wie wir an anderer Stelle berichtet, wieder große Tumultszugänge abgespielt. Es ist kein Zweifel, daß der Arawall planmäßig organisiert war. Der Vorgang muß um so sonderbarer berühren, als bereits vor Beginn der Stadtverordnetenversammlung das von Wulle herausgegebene „Deutsche Abendblatt“ in sensationeller Aufmachung folgende Mitteilung veröffentlicht konnte:

„Wie uns von sonst gut unterrichteter Seite (!!) aus vor Redaktionsschluß mitgeteilt wird, besteht in kommunistischen Kreisen die Absicht, zu Beginn der Parlamentsverhandlungen und Stadtverordnetenversammlungen am morgigen Mittwoch oder Donnerstag vor dem Rathaus erneute Arbeiterkrawalle zu inszenieren, um die durch das feindliche Diktat bedingte Steigerung der gesamten Lebenshaltung und der damit verbundenen gereizten Stimmung der Bevölkerung für ihre Zwecke auszunutzen.“

Hier muß die Frage aufgeworfen werden, wieso ausgerechnet das Wulleblatt über das Vorhaben der Arbeitslosen unterrichtet werden konnte. Sind die Verbindungen zwischen den deutschvölkischen Kreisen des Herrn Wulle und den im Rathaus auftretenden kommunistischen Demonstrationen so eng, daß Herr Wulle über jede Einzelbewegung

rechtzeitig unterrichtet wird? Für jeden einsichtsvollen Arbeiter wird es klar sein, daß derartige Krawalle nur der Reaktion dienen und daß eine Partei, die sich mit ihnen identifiziert, sich zum Handlanger der Reaktionen erniedrigt. Die Unabhängige Sozialdemokratie hat derartige Krawalle bisher abgelehnt, sie wird auch in Zukunft alle Versuche der Kommunisten, Putsche zu inszenieren, und durch eine Handvoll Leute die Masse der Arbeiter in aussichtslose und schädliche Kämpfe zu verwickeln, entschieden bekämpfen. Sie wird getreu dieser Haltung, auch den neuen Versuch der Kommunisten, ihrer durch innere Zerwürfnisse auseinanderstrebenden Partei wieder auf die Beine zu helfen, mit der bisher bewiesenen Entschiedenheit entgegenzutreten.

Die Masse der Arbeiterschaft wird, dessen sind wir sicher, diese Haltung billigen, weil durch das Vorgehen der Kommunisten die bedrohten Interessen der Arbeiter nicht gefördert, sondern nur geschädigt werden. Auch den berechtigten Forderungen der Arbeitslosen wird durch derartige Szenen nicht gedient. Die Einsichtsvollen unter ihnen sollten es sich doppelt und dreifach überlegen, bevor sie sich dazu hergeben, den dunklen Bestrebungen unverantwortlicher Personen Vorschub zu leisten.

Damastus Selbstbekenntnis eines Kommunisten

Wenn ich nach dem Parteitag in Leipzig die Feder zu einem offenen und ehrlichen Selbstbekenntnis ergreife, so weiß ich, daß ich mich damit der Mühsal und dem Haß derjenigen aussehe, mit denen ich bis zur Märzaktion Schützer an Schützer während die Ideale einer kommunistischen Weltanschauung mit meinen schwachen Kräften zu verwirklichen suchte. Ich weiß aber auch, daß ich für viele meiner Genossen spreche, die nicht den Mut finden, sich von längst als falsch Erkanntem loszulassen, um nicht Posten zu verlieren, und nicht als Renegaten verfahren zu werden. Sie halten lieber die Fäuste in der Tasche, schimpfen im Geheimen über die unhaltbaren Zustände in der R. P. D., wagen aber als „wahre“ Sozialisten nicht den offenen und ehrlichen Kampf gegen Eigenbänke, Stolz, Dummheit und Verantwortungslosigkeit innerhalb ihrer „Partei“.

Als wir uns feierlich von den U. S. P. D. Genossen trennten, da lauten wir es in der Hoffnung auf eine Weltrevolution, in der Hoffnung, daß die R. P. D. die demütigen Führerin des deutschen Proletariats sein würde, die durch Zielklarheit im Denken und Handeln den politischen und Wirtschaftsmißständen bald ein Ende bereiten würde, glaubten an keine Vernormung aus Moskau, vertrauten auf eine selbständige Politik gemäß der Wahrheit der Eigenart eines jeden Landes.

In diesem allen und vielem mehr haben wir uns getäuscht; haben uns getäuscht in den Motiven der selbstmörderischen Märzaktion, erkannten die unglücklichen Einflüsse einer gedankenlosen, das für um so gefährlicheren und wirreteren Führerschaft. Und nur wenige fanden bisher den Mut, sich von der Illusionspolitik der R. P. D. loszulassen, die niemals berufen sein wird, die Führerin der proletarischen Revolution in Deutschland zu sein, weil in ihrem Programm und in ihrer Struktur die deutlich erkennbaren Reime ihres Niederganges liegen. Wenn ich zu dieser Erkenntnis kam, so aus der Erfahrung heraus, die ich als Parteigenosse und als Parteisekretär gemacht habe! Ich bin kein Konjunkturpolitiker, der hier vielleicht ein Lippenbekenntnis ablegt, ich gefalle mir auch nicht darin, Personenfragen zu Parteifragen zu machen, sondern lasse mich vor allen Dingen von dem Gedanken leiten, meinen denkfähigen Genossen die schwarze Binde unbedingter Parteitrigkeit von den Augen zu reißen, um ihnen zu sagen:

Im Jänner Parteiprogramm hat sich die R. P. D. das Todesurteil geschrieben, weil sie sich mächtig genug glaubte, die Revolution in Deutschland selbständig vorwärts zu treiben; im Leipziger

Parteiprogramm feiert die U. S. P. D. die Auferstehung aller denkenden Revolutionäre, die in enger Fühlungnahme mit den anderen revolutionären Parteien und den freien Gewerkschaften berufen ist, den politischen und wirtschaftlichen Mißständen in Deutschland durch Kampf ein Ende zu bereiten.

Wer gegen sich selbst ehrlich genug ist, der muß den Gang nach Damastus, den Weg innerer Umwandlung, mit mir gehen. Denn allein ist's nicht getan: Es gilt, die gleichgesinnten Kräfte zu sammeln und in der U. S. P. D. zu vereinigen; es gilt, unseren Genossen und Genossinnen zu sagen, daß sie Prädelle und Verdanterie ablegen müssen, mit uns kämpfend für das deutsche Proletariat; denn Selbsterkenntnis und Umwandlung ist besser, als in starrköpfiger Dummheit beharren. W. Richter.

Maischnaps Wieder Liebesgaben an Landwirte

Aus landwirtschaftlichen Kreisen wird uns geschrieben: Im Getreidemagazinbericht der „Dtsch. Ztg.“ vom 8. d. M. wird mitgeteilt, daß voraussichtlich ein Zuschlag für Maisspiritus erfolgen wird, der sich auf der Grundlage des etwa Anfang Januar geltenden Maispreises berechnen soll. Der Wert der Maisstämpe soll dabei voll angerechnet werden.“

Das führende agrarische Blatt muß es wissen. Es ist natürlich höchste Zeit, daß den notleidenden Brennereibesitzern mit neuen Liebesgaben unter die Arme gegriffen wird. Wenn man Wucherpreise für Kartoffeln erhält, so werden natürlich Spiritus und Schlempe verhältnismäßig teuer. Wie kann also dem Profitinteresse der Brenner besser gedient sein, als daß ein Zuschlag für Maisspiritus durchgesetzt wird? Die Allgemeinheit bezahlt es ja!

Nun eine andere Frage: Wie steht es mit der Milch aus den Maisbrennereiwirtschaften? Bekanntlich verringerte die Maisstämpeverfüllung erheblich den Fettgehalt der Milch (vergl. „Freiheit“ 468 v. d. 10. 21). Diesen Uebelstand erkennt sogar die Preussische Hauptlandwirtschaftskammer an, nur fordert sie, daß man sich vor Uebersetzungen hütet und erst die Ergebnisse der notwendigen Untersuchungen abwartet.

Die zweite Maisbrennereikampagne ist zur Hälfte vorüber. Wir fragen: Zu welchen Ergebnissen haben denn die bisherigen Untersuchungen geführt, und ist mit Untersuchungen überhaupt begonnen? Aber dieselben sollen ja dem Verbraucher zugute kommen, und deshalb wird wohl kein Geld für dieselben vorhanden sein. Dafür erhält der Brenner einen Zuschlag für Maisspiritus und läßt sich vom Verbraucher für seine minderwertige, weil fettarme, Milch denselben Preis in aller Ruhe bezahlen wie für vollfette. Er darf das ja, denn die Preussische Hauptlandwirtschaftskammer „wartet erst die Ergebnisse der notwendigen Untersuchungen ab“.

Deutschlands Getreideernte 1921

Wie die U. S. P. D. von unterrichteter Seite erfahren, beläuft sich Deutschlands Getreideernte im Jahre 1921

an Roggen und Weizen auf	9 039 647 To.
an Gerste auf	1 024 085 To.
zusammen	11 878 642 To.

Davon sollen durch das Umlageverfahren 2 500 000 Tonnen erfaßt werden, was ein Fünftel ausmachen würde. Eingegangen sind allerdings aus dem Umlageverfahren nur 1 500 000 Tonnen. Das sind 72 Prozent. Diese Zahlen zeigen die mangelnde Berechtigung des Geschreies der Agrarier über unerträgliche Belastung durch die Umlage.

Die deutsche Erzeugung an Hafer betrug im Jahre 1921 5 004 953 Tonnen, an Kartoffeln 26 131 850 Tonnen.

Nutzloser Lärm

Eine kommunistische Aktion im Rathhause

Die gestrige Sitzung der Stadtverordnetenversammlung wurde durch die Kommunisten empfindlich gestört, die die Ablehnung eines Geschäftsordnungsantrages, die Frage der Erwerbslosen bedingt zu behandeln, zu einer Tribünenaktion, in Verbindung mit Obstruktion im Sitzungssaale, benutzten. Die Rathausfraktion der U. S. P. hat, nicht den Kommunisten zuliebe, sondern im Interesse der Sache sowohl im Vorkomitee als auch im Plenum für die bevorzugte Behandlung dieser Frage gestimmt. Deshalb hat auch die U. S. P. das Recht, an dem Verhalten der Kommunisten Kritik zu üben. Es ist einfach unsinnig, die Verhandlungen der Stadtverordnetenversammlung, von denen man eine Behandlung der eigenen Anträge erwartet, derartig zu stören, daß jede Verhandlungsmöglichkeit aufhört. Den Schaden davon trägt, gerade was die Tagesordnung der gestrigen Sitzung angeht, die minderbemittelte Bevölkerung. Gestern sollten Mittel für die Verbilligung der Milch bewilligt werden, ebenso die Erhöhung der Pflanzgeldsätze für Waisenböglinge, die vom November an nachgezahlt werden sollen. Alles das konnte infolge dieser einseitigen Pause nicht mehr erledigt werden, lediglich infolge der nutzlosen Demonstration der Kommunisten.

Außerordentlich breiten Raum in den gestrigen Verhandlungen nahm die vom Magistrat eingebrachte Vorlage über die Erhöhung der Tarife für Gas, Wasser, Elektrizität und Straßenbahn ein. Die Vorlage, deren dürftige Begründung von den Rednern aller Fraktionen bemängelt wurde, wird erst eine sehr gründliche Ausschüßberatung erfahren müssen, bevor sie überhaupt nach irgendeiner Seite diskutabel ist.

Sitzungsbericht

In der gestrigen außerordentlichen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung wurde zunächst nach dem Programm der bürgerlichen Mehrheit das zweite bürgerliche Magistratmandat ergriffen. Der erste Wahlgang, der durch Jettelwahl vorgenommen wurde, ergab die Wahl des Stadtd. Fabian (Dnail.) mit 113 gültigen Stimmen zum Vorsteher-Stellvertreter. Die Wahl des zweiten und dritten Stellvertreter erfolgte durch Zufall, es wurden die Stadtd. Meyer (Dm.) und Schwarz (Sp.) gewählt.

Nach längerer Aussprache wurde der Antrag der Demokraten, der ganz im Sinne der bürgerlichen Mehrheit liegt, mit 107 gegen 98 Stimmen angenommen, der die Besetzung der zentralen Verwaltungsdeputationen von 16 Stadtverordneten bisher auf 15 Sätze ändert, um auch hierin der bürgerlichen Mehrheit das Übergewicht zu geben.

Von der kommunistischen Fraktion wurde nun ein Geschäftsordnungsantrag gestellt, den in der letzten Sitzung nicht behandelten Antrag Goebel und Genossen über die Neuwahl der Erwerbslosenräte, der zu einer allgemeinen Erörterung des ganzen Erwerbslosenproblems dienen sollte, vorweg zu verabschieden. Die Stadtd. Schumacher und Dr. Rosenbergl (R. P. D.) sprachen in diesem Sinne; indes wurde der Geschäftsordnungsantrag mit den Stimmen der bürgerlichen Parteien und der Rechtsozialisten gegen die Stimmen der U. S. P. und R. P. D. abgelehnt.

Darauf erhob sich ein furchtbare Tumult auf der Tribüne, der offensichtlich vorbereitet war und die Fortsetzung der Verhandlungen unmöglich machte. Der Vorsteher verlangte die Räumung der Tribüne. Die Sitzung wurde ausgesetzt, der Vorkomitee trat zur Beratung zusammen.

Stadtrat Wege (Dnail.) forderte nach anderthalbstündiger Pause nochmals auf, die Tribüne zu räumen. Die Stadtd. Goebel, Rosenbergl und Schumacher (R. P. D.) erschienen nun auf der Tribüne und forderten ihre Anträge auf, nach dem Grundsatze, daß Vorzicht der bessere Teil der Tapferkeit sei, die Tribüne zu verlassen, bevor die Schutzpolizei erscheine und Verhaftungen vornehme. Darauf verließen die Kommunisten die Tribüne.

Die Sitzung wurde darauf wieder eröffnet. Der Antrag Müller-Kranke (Wirthl. B.), die Kraftfahrzeugsteuererhöhung an den städtischen Staatsauschuh zu verweisen, wurde angenommen. Stadtd. Jabel (U. S. P.) erstattete darauf den Bericht des Ausschusses über die Sitzung für den Park- und Bestattungsausschuh, der verschiedene Änderungen an der Magistratsvorlage vorgenommen hat, und ersuchte um Zustimmung. Die Versammlung stimmte ohne Debatte zu.

Der Vereinbarung im Vorkomitee entsprechend, wurde nunmehr die

Erhöhung der Tarife

Behandlung. Stadtd. Fabian (Dnail.) protestierte namens seiner Fraktion gegen die dürftige Begründung der Vorlage und bemängelte, daß die Vorlage gegen frühere Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung verstoße. Es sei beschaffen, jedes Wort solle sich selbst tragen; jetzt wolle man die Straßenbahn durch das Elektrizitätswort beden. Der Redner beantragte Ausschüßberatung.

Kämmerer Dr. Harding gab zu, daß die Vorlage nicht ausreichend begründet sei, indem sie durch die Verzögerung der Tarifierhöhung schon ein so erheblicher Einnahmehausfall entstehen würde, daß der Magistrat diese Vorlage beschleunigt eindringen müßte. Im Ausschüß werde mehr Material vorgelegt.

Stadtd. Dr. Wehl (U. S. P.) stellte ebenfalls die dürftige Begründung der Vorlage fest, die den Namen Dedungsvorlage nicht verdienen. Die Einkünfte aus der Luftballonsteuer träten überhaupt nicht in Erscheinung; ebenso wenig werde darüber berichtet, ob der Magistrat endlich den Anträgen der Stadtverordnetenversammlung gefolgt und Maßnahmen zur Reorganisation der Werke nach den Vorschlägen der Betriebsräte getroffen habe. Die Gaswerke z. B. werden von einem Juristen geleitet, der weder von technischen noch von kaufmännischen Dingen eine Ahnung hat. Genosse Wegl bezeichnet es als eine Respektlosigkeit gegenüber der Stadtverordnetenversammlung, daß der Oberbürgermeister W. H. der sich selbst zum Leiter der Werke ernannt hat, nicht anwesend sei. Der Techniker Horst, den man als Reorganisator bezeichnen hätte, sei mit dem Oberbürgermeister in persönlichen Differenzen geraten. Dieser Streit werde jetzt auf Kosten der Bürger ausgegossen.

Genosse Dr. Wehl stellte den Antrag, gemäß § 38 der Städteordnung die Sitzung zu verlegen, weil weder der verantwortliche Magistratskommissar — in diesem Falle W. H. — noch sein Stellvertreter, Bürgermeister Ritter, anwesend seien. Inzwischen erschien Bürgermeister Ritter im Saale. Dr. Wehl fuhr in seinen Darlegungen fort.

Es sei unmöglich, immer die minderbemittelte Bevölkerung aufs neue unerträglich zu belasten. Genosse Wehl übte Kritik an den Straßenbahndarstellungen und führte aus, daß man den Stadtd. Jabel, wenn es so weitergehe, als einen Baurat gegen den Verkehr bezeichnen könne. Ebenfalls unterzog Genosse Wehl die Verwaltung bei der Güterverwaltung. Ingesamt sei zu sagen, daß die U. S. P. Fraktion den Tarifierhöhungen in der vorgeschlagenen Weise nicht zustimmen könne. Um aber eine gründliche Durchberatung der Vorlage zu ermöglichen, beantragte Dr. Wehl die Wahl eines Vorkomitees. (Lebhafte Beifall.)

Stadthaupt Dr. Abler erklärte zu dem Antrage v. Eynern, der Ueberführung der Wagen zu steuern, sei zu erwidern, daß die Verwaltung der Straßenbahn den Veränderungen im Verkehr nach Möglichkeit Rechnung trüge. Die Beschaffung neuer Wagen sei unmöglich. Ein Wagen, der im Frieden 15-16 000 M. kostete, erfordere jetzt 600 000 M. Im wirtschaftlichen Interesse liege es, daß die Wagen gut beschaffen sind. Den kommunistischen Antrag auf Bewilligung von Marktgeldern an die Straßenbahngesellschaft lehnte der Magistrat ab. Es liege für diese Belastung der Straßenbahn mit 3,6 Mill. M. keine Notwendigkeit vor.

Die Sitzung dauerte über die zehnte Abendstunde hinaus an, es waren noch eine ganze Reihe von Rednern vorgemerkt.

Die Politik des Kabinetts Wirth

Eine Rede des Reichszanzlers auf dem Zentrumsparteitag

Auf dem Zentrumsparteitag ergiff nach der Diskussion über die an anderer Stelle veröffentlichte Rede des Abg. Marx das Wort der

Reichszanzler Dr. Wirth,

der, von stürmischem Beifall begrüßt, folgendes ausführte: Sie erwarten wohl nicht, daß ich Ihnen heute politische Darlegungen großen Stils mache, dazu ist morgen und übermorgen die Zeit gekommen. Morgen wird der Zusätzliche Ausschüß des Reichstages zusammentreten, und in den nächsten Tagen wird sich auch der Reichstag selbst mit der gesamten innen- und außenpolitischen Lage beschäftigen. Deshalb werde ich heute nicht in einer programmatischen Rede zu diesen Dingen Stellung nehmen, was übrigens auch nicht mehr notwendig ist, denn Sie haben ja selbst zu der Politik der Regierung und zu der gegenwärtigen Lage Stellung genommen. Ich habe während dieser Zeit hier auf meinem Posten gesessen und auf den Augenblick gewartet, wo es mir als Pflicht erschien, einzugreifen. Im großen und ganzen habe ich gesehen, wenn auch manche kritische Note angeschlagen worden ist, daß die Gesamtrichtung der Politik, an der wir verantwortlich teilnehmen und teilgenommen haben, von Ihnen gebilligt worden ist. (Lebhafte Beifall.) Was war die Richtlinie unserer Politik? Fragt man nachdem, was war, dann treibt man Historie. Heute, wo uns die Sorgen und Mühen der letzten Tage besonders bedrängt haben, ist Historie treiben nicht die Aufgabe der Politik.

Die Aufgabe der Politik der nächsten Tage

wird darin bestehen, daß wir zu der Lage, die in Cannes geschaffen worden ist, Stellung nehmen, daß wir die internationale Atmosphäre sorgfältig abwägen, die Entschlüsse fassen, die innerpolitisch notwendig sind. Von innerpolitischen Erwägungen, nicht von Regungen des Herzens und von Klagen vergangener Herrlichkeit haben wir uns im verflochtenen Jahre leiten lassen. Mit Abwägung aller Verstandesmöglichkeiten haben wir die Politik des Reiches und unseres Volkes vorwärts getragen. Es gibt noch einen anderen Weg, den andere vorgeschlagen haben: den Weg der Katastrophe, den Weg, sich der Verzweiflung anheim zu geben, die Hände sinken zu lassen und zu sagen: Komme was da wolle, ich nehme keinen Anteil mehr daran. Der Weg der Verzweiflung und der Katastrophe ist nicht Ziel und Sinn der Politik, sondern bedeutet das Ende der Politik. (Lebhafte Beifall.) Ich wüßte nicht, wie gerade wir den Geist einer Partei darin leben können, auf eine Katastrophe hinzusteuern, um uns dann im Strudel der politischen Verwirrung auf die Seite schlagen zu können und händereißend zu sagen: Wir tragen keine Verantwortung mehr. Nein, unsere Politik muß ihre Kraft aus den Quellen der christlichen Weltanschauung schöpfen, die es uns zur sittlichen Pflicht macht, daß wir in keinem Augenblicke unsere Geschichte, vor allem nicht, wenn sie nach einer großen Katastrophe neu anhebt, in keinem Augenblicke des wasserländischen Anfalls die Hände in den Schoß legen dürfen. (Lebhafte Zustimmung.) In keinem Augenblicke darf die Zentrumsparlei aus parteipolitischen Erwägungen heraus sich vor der Verantwortung drücken. (Erneute Zustimmung.) Wer sich vor der Verantwortung drückt, der darf von sittlicher Anschauung nicht reden. Nur unter dem

Geist der Verantwortung

kann man überhaupt nur das, was man christliche Weltanschauung nennt, manifestieren. Es mag ja sein, daß eine Politik, wie sie uns von der Verantwortung vorgeschrieben wird, so manchem das Herz zusammenkrampfen läßt. Glaubt denn jemand, daß es uns ein Vergnügen bereitet hat, uns den Nachsprüchen der Entente gegenüber zu beugen? Glauben Sie, daß es uns leicht geworden ist, gegenüber der ungerichten Entscheidung über Oberschlesien die Politik des Reiches weiter zu führen? Glaubt man nicht, daß die Uebergabe der Verantwortung an einen anderen auch unlerer Partei einmal für drei bis vier Wochen Erleichterung verschaffen könnte? (Lebhafte Beifall.) Das aber wäre ein erschämlicher Ausdruck dessen, was wir Zentrumsgeist nennen. Nein, niemals werden wir eine politische Linie betreten, an deren Ende Chaos und Katastrophe stehen.

Man hat uns den Vorwurf gemacht, wie wir ein Ultimatum unterschreiben und ein Versprechen geben könnten, die sich nicht ausführen ließen. Ich habe schon bei der Annahme des Londoner Ultimatus gefügt, daß die weltwirtschaftlichen Folgen dieses politischen Diktates unleren Gegnern zur Last fallen. Wir haben die Frage wirtschaftlich richtig abgeklärt, und trotzdem

war das „Ja“ richtig

und es muß heute noch als richtig angesehen werden, weil damals die gesamte Welt die Lage nur politisch und nicht wirtschaftlich gesehen hat. (Lebhafte Zustimmung.) Ich bin heute darüber unerschrocken, daß man auf der Gegenseite sich über die Höhe der Milliarden, die das deutsche Volk zahlen soll und über die wirtschaftliche Bedeutung dieser Milliarden überhaupt nicht unterrichtet hatte. (Stürmisches Hört! Hört!) Heute hat man in allen Ländern gelernt, was 600 Milliarden wirtschaftlich überhaupt bedeuten.

Wenn man eine solche Politik eingeschlagen hat, und wenn man ernsthaft politisch denkt und fühlt, dann muß man diese Politik auch einhalten, denn jeder Rückzug ist der Tod der Politik. So werden wir den Weg des letzten Jahres, soweit es menschenmöglich ist, weiter gehen. Wir werden aber die Welt tragen, welche Ziele man sich eigentlich gesetzt hat. Der Kain der Kaufkraft des deutschen Volkes zusammen mit der Unfähigkeit der östlichen Völker muß unter allen Umständen einen Weltbankrott herbeiführen. Auch Amerika kann keine innere Wirtschaft nicht dadurch wieder aufbauen, daß ein Volk als Opfer des Krieges für die gesamten Schäden, wie für die Schuld der Gesamtheit, aufkommen soll. Ich bitte Sie mit uns daran zu arbeiten, daß der

Gedanke der Wirtschaft und der Solidarität

alle wirtschaftstreibenden Völker als Prinzip der internationalen Politik von Mund zu Mund, von Ohr zu Ohr, von Volk zu Volk weitergetragen wird. Die Delegierten aller Völker müssen sich an einem Tisch setzen und sich über die Probleme der Wirtschaft und des Finanzwesens unterhalten. Das Ziel, daß man die Welt wieder wirtschaftlich sieht, daß die Wirtschaft der ganzen Welt die Verständigung der Menschen voraussetzt, haben wir erreicht, indem wir der Lebensregel von London bis Cannes gelangten sind. (Lebhafte Beifall.) Genau steht vor der Tür. Ich weiß nicht, ob sich einzelne Völker von dieser Wirtschaftskonferenz der Welt fernhalten werden. Aber der Gedanke hat sich Bahn gebrochen, daß nur die Solidarität der Völker, zum mindesten in wirtschaftlichen Fragen, die große Katastrophe der Weltwirtschaft überhaupt verhindern kann. Diesen Gedanken hat die Zentrumsparlei, haben die Zentrumsfraktionen aufrichtig vertreten. Was gehört dazu an Geduld? Diejenigen, die da glauben, man könne nach hieben Jahren von Krieg, Not und Elend mit einer vornehmen Geste oder gar mit einem Paradezug die Politik meikern, diese, glaube ich, sind

nicht berufen, uns Vorwürfe zu machen!

Sie werden mich fragen, ob es nicht besser ist, wenn zu den Parteien die heute in der Regierung stehen, noch andere hinzukommen? Denen, die die Verantwortung übernehmen wollen, werden wir die Tür nicht zumachen. Aber nicht der Weg theoretischer Erwägungen ist der richtige, um große Koalitionen vorzubereiten, nicht das Zusammenlegen

von Parteipäpsten, die gegenseitig ihre Programme abwägen, bevor sie sich zu einer großen Regierungskoalition zusammenschließen. Nein, wir sind bisher den Weg sehr praktisch gegangen, und ich bitte alle, die an einer Erweiterung der Regierung Interesse haben, sich für das große Problem der nächsten Tage zu interessieren, das sehr leicht

die Fundamente für eine größere Regierung

abgeben kann. Die Plattform, auf die man dabei tritt, ist kein glatter Salonboden, sie ist mehr eine Art Folter, bald der man in Röhren tritt und bald in eine indirekte, bald in eine direkte hineinragt. (Stürmische Heiterkeit.) Das ist die Plattform, auf der man stehen kann, ob man bereit ist, Opfer zu bringen. Eine Koalition auf breiter Basis muß eine Regierung auf lange Sicht sein, wenn man nicht Gefahr laufen will, daß ein Teil sich noch vor den Wahlen bald wieder in die Büsche schlägt.

Die nächsten Tage stellen uns vor außerordentliche Aufgaben. Die Lösung von Cannes ist keine definitive. Die allergrößte Frage, wie die Völker überhaupt unter den Reparationslasten nebeneinander leben wollen, ist noch offen; sie kann erst gelöst werden, wenn Amerika sich wieder für Europa zu interessieren geneigt ist. Die Erkenntnis, von der Gesamtsolidarität hat Fortschritte gemacht. Wie weit sie fortgeschritten ist, konnte man aus unserer Rede merken, die wir nach Frankreich geschickt haben. Als der Präsident der Bank of England dem Reichsbankpräsidenten v. Havenstein mitteilte, daß unter solchen Zahlungsbedingungen, wie sie Deutschland auferlegt wären,

Kredite in England — zu Reparationszwecken nicht zu erhalten

seien, war der Moment, in dem das deutsche Volk, ohne sich den Vorwurf der Unaufrichtigkeit auszusuchen, seinen Gegnern legen konnte: „Bitte sehen Sie sich zusammen und prüfen Sie angefaßt dieses bedeutungssoollen Spruches die Leistungsfähigkeit Deutschlands nach.“ Diese Prüfung ist nicht abgeschlossen, sie wird in kurzem vollendet werden müssen. Wir werden mit Geduld und nochmals mit Geduld diese Entwicklung verfolgen müssen, und wenn einer mit Faust sagen wollte: Fluch vor allem der Geduld, dann ist für ihn in der Zentrumsparlei kein Platz, er mag dort hingehen, wo man mit Ungeduld gar nichts erreicht.

Was wir ferner brauchen, ist ein aufrichtiges Bekenntnis, daß es uns innerpolitisch ernst ist.

die Finanzen des Reiches in Ordnung zu bringen.

Bei der Ausstellung des Finanzprogramms wird es sich zeigen, ob die Zentrumsparlei die große politische Partei ist. Auch in unleren Reihen fehlt es nicht an Gegenfragen über die Frage der Steuern. Aber die parteipolitische Befähigung wird sich darin zeigen, daß wir

das Kompromiß zustande bringen.

Ich hoffe, dieses Kompromiß kommt zustande, daß von beiden Seiten, von Bekündenden und NichtBekündenden als anständig angelesen werden kann.

Es ist nicht möglich, mit der Mehrheitssozialdemokratie zu dem Kompromiß zu kommen, so ist innerpolitisch unsere Politik geklärt und Sie müssen sich nach einer neuen Regierung umsehen, die diese Neuaufgabe lösen muß. Glauben Sie aber nicht etwa, daß wir uns darauf einlassen werden, durch eine sogenannte Regierungskrise zur Verwirrung der Geister beigetragen. Sollte die Regierung nicht imstande sein, mit den Parteien, die guten Willens sind, die Probleme zu lösen, so muß sie in offener Feldschlacht im Plenum des Reichstages geküßt werden. Intrigantentum wird das deutsche Volk nicht ins Freie führen, sondern nur aufrichtige ehrliche Arbeit auf allen Plätzen.

Wenn sich Leute finden, die zur Uebernahme der Verantwortung bereit sind, und die mehr leisten als wir, dann kommt für das Zentrum die Zeit, sich einmal etwas anzurahen. Die Gedankenänge, die ich Ihnen hier vortrage, sind keine anderen, als die unserer großen Zentrumsführer. Die uns umgebende Welt ist eine andere geworden, der Staat ist ein anderer, er ist ein Volksstaat, ein demokratischer Staat. Besonders die Herren, die an der Spitze großer wirtschaftlicher Bereicherungen stehen, sollen es sich überlegen, ob es möglich ist, allein von wirtschaftlichen Gesichtspunkten ein Volk aus der größten Katastrophe heraus und besseren Tagen entgegenzuführen. Wachen wir keine Schlagwortpolitik, sondern Realpolitik. Wir müssen mit der Zentrumsparlei, wenn wir in der Regierung sind, als politische Mittel rechnen können. Vielleicht gibt es Stunden, in denen wir auch einmal über das Zentrum hinweggehen müssen. Nach der ungerichten Entscheidung über Oberschlesien habe ich meinen dortigen Parteifreunden wiederholt erklärt:

Ich bin nicht der Kanzler der Zentrumsparlei.

Ich wäre meinen Weg auch dann gegangen, wenn mir die Zentrumsfraktion nicht ihr volles Vertrauen geschenkt hätte. Aber ich bin überzeugt, daß der Weg, den wir gegangen sind, Ihre Zustimmung findet. (Lebhafte Beifall.) Auch in unleren Reihen gab es manche, denen unser Weg nicht paßte. Aber heute ist die Kritik im allgemeinen verstummt. Die es besser machen könnten, stehen sich erst sehen, als alles schon vorbei war. Ich fühle mich als Zentrumsmann und werde der Zentrumsparlei dienen, solange ich überhaupt tatkräftig politisch arbeiten kann. (Stürmischer Beifall.) Gewiß sind wir Jungen in der Partei in manchen Fragen temperamentvoll, aber die Alten waren es früher auch.

Kritisieren Sie unsere Politik, aber kritisieren Sie Männer und Maßnahmen immer mit einer gewissen christlichen Liebe. Das Jahr 1922 darf nicht mehr in dem Zeichen des unglücklichen Versailles stehen, der im letzten Sommer getöbt hat. Wir sind Brüder, Volksgenossen auf heimatischer Erde, und gerade am Zentrum soll man sehen, daß es keine Wurzeln in der nationalen Einheit unlerer Vaterlandes hat. Der Dienst am Vaterland und am Volk, die Arbeit an seiner Freiheit, das ist für uns Gottesdienst, das ist Christendienst, das ist die große Liebe, die nicht nur das eigene Volk in sich begreift, die auch im Dienste der Menschheit Gutes tun will. (Stürmischer, anhaltender Beifall und Händeklatschen.)

Die Wahlen zur Reichsparteileitung ergeben einstimmig folgenden Resultat: Ehrenvorsitzende: Reichszanzler a. D. Frickenhach, die Abgeordneten Hegold, Vorch und Spahn. Erster Vorsitzender: Abgeordneter Senatspräsident Marx. Stellvertretende Vorsitzende: Abgeordnete Frau Drahsfeld, Minister a. D. Stegerwald, Justizrat Moennig und Abgeordneter Glöckner.

Nach einem Schlusswort von Vorch wurde der Parteitag geschlossen.

Moskauer Kongreß der Völker des Fernen Ostens. In den nächsten Tagen findet in Moskau die Eröffnung des Kongresses der revolutionären und kommunistischen Parteien des Fernen Ostens, Koreas, Japans und Chinas statt.

Zu Reklungshaft beantragt wurde der Kommunist Adolf Weinberg aus Dorimund, der wegen einer Verlesungsschuld in Weitzrop zu der unerhörten Strafe von drei Jahren Zuchthaus verurteilt worden war und eine Strafe in Aussicht verbüßt.

Einsparung Deutschösterreichs nach Genua. Der italienische Gesandte hat der österreichischen Regierung eine Note des italienischen Außenministers überreicht, in der Oesterreich zur Wirtschaftskonferenz von Genua eingeladen wird.

Jugendbewegung

Bildung eines Ortsausschusses der Arbeiter-Jugendorganisationen... Als stärkste Gruppe der dem Ortsausschuss voraussichtlich beizutretenden Jugend-Organisationen Groß-Berlins beruft das freigeberische Jugendlagers die 1. Sitzung des Ortsausschusses der Arbeiter-Jugendorganisationen Groß-Berlins auf Dienstag, den 24. Januar, abends 6 Uhr, nach Saal 2 des Gewerkschaftshauses etc.

Funktionäre der S. P. J. Groß-Berlin. Der Kursus des Genossen Seger wird nunmehr regelmäßig wieder aufgenommen. Der nächste Abend findet am Mittwoch, den 25. Januar, abends 7 1/2 Uhr, in der Arbeiterbildungsschule statt.

Parteiveranstaltungen

Beschlusskommission. Heute, 6 Uhr, wichtige Sitzung. Geschäftsführender Ausschuss eine Stunde früher.

Im Sonnabend, 21. Januar, abends 7 Uhr, findet in der Arbeiter-Bildungsschule, Breite Str. 8-9, eine Konferenz der Bildungs-Kommissionen statt. Das Hauptthema ist: Die Volkshochschule Groß-Berlin. Die Mitglieder aller Bildungs-Kommissionen müssen erscheinen.

Mittwoch, 18. Januar

Bermaltungsbeirat Kreuzberg. Nachm. 3 Uhr Besprechung der Stadt- und Bezirksverordneten im Schulgebäude Belle-Alliance-Str. 60.

Donnerstag, 19. Januar

2. 3. 12. 14. Mittwoch. 7 1/2 Uhr Sitzung der Zeitungsbefreiungskommission von der Redaktion Wagnel bei Kurland, Altonaer Platz 8. 3. Mittwoch (Berlino-Mitte). Abends 7 1/2 Uhr Mitgliederversammlung bei Köpfer, Dietrich 24 (Bericht vom Vortage). Die Funktionäre haben hierzu einzuladen.

Freitag, 20. Januar

8. Vermittlungsbeirat. Kinderbeschusskommission. Abends 7 Uhr Sitzung bei Krüger, Schimmeler 1. 13. Vermittlungsbeirat. Abends 7 1/2 Uhr findet die Sitzung der Vertretungskommission bei Hubert in Panten, Mendel, Ecke Damerowstraße, statt.

Bereinskalender

Vereinigung proletarischer Kinderfreunde. Der Kursus der Genossin Arleba Wieselmann in Neutölln, Gemeindefschule Mühlstraße, zur Ausbildung von Kinderkammerfrauen ist von dieser Woche ab den Mittwoch auf Freitag abends 6 Uhr verlegt worden.

Mittwoch, 18. Januar

Deutscher Arbeiter-Verein. Abends 7 Uhr Mitgliederversammlung in den Friedrichs-Haus, Friedrichs-Str. 78, 1. Die Brandversicherung. Deutscher Transportarbeiter-Verein (Bezirk Groß-Berlin). Arbeiter-Verein, abends 7 Uhr Mitgliederversammlung in den Friedrichs-Haus, Friedrichs-Str. 78, 1. Tagesordnung: Bericht über die Verhandlungen unserer Lohnforderungen vor dem Schlichtungsausschuss Groß-Berlin. Zutritt nur gegen Vorlegung des Mitgliedsbuches bzw. Karte.

Donnerstag, 19. Januar

Deutscher Transportarbeiter-Verein (Bezirk Groß-Berlin). Abends 7 Uhr Mitgliederversammlung in den Friedrichs-Haus, Friedrichs-Str. 78, 1. Deutscher Arbeiter-Verein. Abends 7 Uhr Mitgliederversammlung in den Friedrichs-Haus, Friedrichs-Str. 78, 1. Deutscher Arbeiter-Verein. Abends 7 Uhr Mitgliederversammlung in den Friedrichs-Haus, Friedrichs-Str. 78, 1.

Zentralverband der Angestellten. Nachgruppe: Gemeindefunktionäre. Sitzung: SA-Mitglieder-Versammlung im Friedrichs-Haus, Friedrichs-Str. 78, 1. Nachgruppe: Arbeiter. Sitzung: SA-Mitglieder-Versammlung im Friedrichs-Haus, Friedrichs-Str. 78, 1.

Unverlangt eingehende Manuskripte werden nur dann zurückgeliefert, wenn ein genügend frankierter Briefumschlag beiliegt. Das gleiche gilt für Anfragen aus dem Ausland.

Verantwortlich für Politik und Realitäten: Leo Liebig 58, Berlin-Friedrichs-Haus für Kommunisten, Sozialen und Gewerkschaftlichen. A. G. H. H. Berlin für den Interparteilichen und geschäftlichen Mittelungen: L. u. M. A. K. o. m. m. i. n. e. r. Berlin - Verlags-Gesellschaft 'Freiheit' e. G. m. b. H. Berlin - Druck des Berliner Drucker-G. m. b. H. Berlin C. 2. Breite Straße 8-9.

Theater u. Vergnügungen

Volkstheater
7 1/2 Uhr: Der fahrende Schüler...
Neues Volkstheater
7 1/2 Uhr: Die Gezeiten...
Staatstheater
7 1/2 Uhr: Tosca...
Deutsches Theater
7 1/2 Uhr: Ein Traumspiel...
Kammerspiele
8 Uhr: Anatol...
Großes Schauspielhaus
7 1/2 Uhr: Orpheus i. d. Unterwelt...
Theater i. d. Königgräber Str.
7 30 Uhr: Die Fahrt ins Blaue...
Komödienhaus
Abends 7 30 Uhr: Karusel...
Joblinter Theater
Täglich 7 30 Uhr: Prinzessin Olala...
Theater des Ostens
7 1/2 Uhr: Verlorenes Glück...
Romische Oper
7 1/2 Uhr: Die große Ausstattung...
Der Herr der Welt

Residenz-Kasino
Blumenstraße 10
Das Paradies der Witwenbälle
Nur Rundtänze

Circus Busch
Tgl. 7 1/2 Uhr, abends 8 1/2 Uhr
Kapitän MAC ALLAN
Die Ballerina...
Die Schlange der Durga...
Wasserspiele

Hagenbeck
Potsdamer Straße, Tel. 4271
Tägl. 9 Uhr
Das große Jagdtheater...
Internationale Meister-Ringkämpfe im Mittel- und Schwergewicht...
Vorverkauf Tickets u. Tageskasse

Günstige Angebote in Amer. Opas. Schal-Gras
Amer. Opas. Schal-Gras 850 an Silber-Felle I. Besatz v. 45 an...
Amer. Opas. Schal-Silberfelle mit 15 Prozent Ermäßigung...
A. Klass & Co.
Rosenthaler Straße 40-41 am Händlers Markt

Armeepistolen
Messer 7,50 kaufen zu höchsten Preisen oder tauschen gegen neue 6,35 oder 7,65...
Waffenfabrik Württemberg, Bayern

Altmetalle
unverwertbar, alte Gold- und Silbergegenstände...
Bismarckstr. 34, Hof

M. PHILIPS PRICE
Die russische Revolution
(Erinnerungen aus den Jahren 1917-1919)
Aus dem Inhalt: Der Petersburger Sowjet und die erste Koalition / Das erste Stadium der Agrarrevolution / Wie die Kosaken und Tataren über die Revolution dachten / Der Sturz der bürgerlichen Koalition - Alle Macht den Räten / Sabotage der Intellektuellen und der Kampf auf dem Bauernkongress / Die internationale Gegenrevolution geht zur Offensive über
495 Seiten Preis: brosch. Mk. 44.00, geb. Mk. 51.00 (Organisationsausg.): 19.00, 35.00
Verlag Carl Hoym Nachf., Louis Cahnbley, Hamburg

Zeissfeldstecher
6- und 8 mm, kaufsfähig
M. Stackelmann,
Berlin W9, Potsdamer Str. 135 (Kassern 6280)

Gold - Silber - Platin
Sachen und Bruch
Opaschauer, Feldtheater
kaufen zu bestem Kurs
Ratzlaff & Zimmer
Linienstraße 63

Metall
Osten, Grüner Weg 80
zahlt Tagespreise für
Kupfer, Messing, Blei, Zink etc.

Billig
Röcke, Blusen, Kleider, Mäntel, Strickjacken, eleg. Balkkleider
STRELOW
Treskowstr. 21 am Wörtherplatz

KARL KAUTSKY
Irland
32 Seiten . . . Preis 6.- M.
Aus dem Inhalt: 1. Irlands frühere Geschichte, 2. Der Aufstieg im 19. Jahrhundert, 3. Der Niedergang im 20. Jahrhundert: a) Die neuen revolutionären Faktoren; b) Die Revolution; c) Die Wirkung der irischen Lösung auf Irland; d) Die Wirkung der irischen Lösung außerhalb Irlands

GESCHLECHTSKRANKE
Verlässliche Diagnose, genaue Untersuchung, sichere Heilung...
Spezialarzt Dr. Dammann
Kollantallen
BERLIN C.W. 24, Potsdamer Str. 123 b.
Sprechstunden 9-12, 4-7, Sonntags 10-12.

Werbt für unser Blatt!

G. SINOWJEW
Alte Ziele - Neue Wege
(Über die proletarische Einheitsfront)
INHALT: Vor einer neuen Welle Um die Frage der Einheitsfront / Der Stand der Frage in den verschiedenen Ländern / Auf die Gefahren achten
31 alten Preis brosch. 2.- Mark - Für Organisationen 1.50 Mark -
77 Seiten Preis brosch. 5.- Mark - Für Organisationen 3.50 Mark -
Verlag: Carl Hoym Nachf. Louis Cahnbley / Hamburg

Die vielen Vorteile
berühmter Teilnahme anlässlich der Einweihung...
Frau Pauline Pils...
Direkt ab Fabrik
kauft man Schokolade, Teelich, Streifen, Eis, Bonbons, Kaugummi, etc. preiswert.
G. Freund & Co.
937, Schönebergstr. 258

Botenfrauen
zu bedeutend höheren Löhnen werden eingestellt in sämtl. Filialen der
Zeitungs-Zentrale A.-G.,
E.W. 19, Zersämler Str. 5-6
Währe An-Kauf auch telefonisch (Zentrum 3333 und 9702)

Per sofort gesucht:
Tüchtige Verkäufer
für
Seidenstoffe
Meldungen in der Zeit von 11-12 Uhr vormittags und 5-7 Uhr nachmittags
Kaufhaus des Westens
G. m. b. H.
Berlin W 50, Tavenzienstr. 21-24

Deutscher Metallarbeiter-Verein
Vermittlungsstelle Berlin N 54, Linienstr. 83-85
Sprechzeit von vorm. 9 Uhr bis nachm. 4 Uhr
Telephon Amt Norden Nr. 833-836

Funktionsprüfung der Kollegen aus den Autos-Reparatur-Kleinbetrieben.
Tagesordnung:
Bericht von der Lohnverhandlung.
Jeder Betrieb muß einen Vertreter entsenden.

Rohrleger und Helfer sowie Bauklemmer!
Am Freitag, den 20. Januar 1922, abends 6 Uhr, bei Vowetlich, Johannisstr. 7

Gemeinsame Versammlung der Rohrleger, Helfer und Bauklemmer.
Tagesordnung:
1. Berichterstattung über das letzte Verhandlungsergebnis.
2. Diskussion.
3. Beschlußfassung.
Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt!
Kollegen! Da in dieser Versammlung endgültig abgemittelt werden soll, ist die Anwesenheit aller Kollegen erforderlich.
Die Ortsverwaltung.

Geschichte der USPD.
Von Eugen Prager
In dauerhaftem Halbleinenband
50.- Mark
Buchhandlung „Freiheit“
Berlin C 2 Breite Straße 8-9

Botenfrauen sofort gesucht
Austragelohn
pro Monat u. Abonnement **M 4 20**
Hauptexpedition
C. 2, Breite Straße 8-9
Expedition Wuhly
Choriner Straße 68
Tour: Berg, Vorfig, Gartenstraße.
Expedition Jordan
Dresdener Straße 24
Expedition Sinner
Skaliger Straße 101
Expedition Kolbe
D, Weberstraße 25
Expedition Franke
Genter Straße 34
Expedition Lehmann
Huffitenstraße 43
Expedition Franz
Wittstocker Straße 10
Expedition Spickermann
Pankow, Mühlstr. 20
Expedition Kigerow
Lübecker Straße 16
für Hans-Biertel
Expedition Krüger
Neukölln, Emser Str. 32
Expedition E. Veltj
Rosenthal, Niederstr. 3

Ausneiden!
Aufsuchs Groß-Berlins Wohnende bitte beim Postamt bestellen!
Der Unterzeichnete bestellt hiermit vom
1 Exemplar der **zweimal** täglich erscheinenden Zeitung
„Freiheit“
Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands
mit den
Unterhaltungsbeilagen „Freie Welt“, „Frauenwelt“ u. „Jugend-Genosse“
zum Preise von Mk. 21.- monatl., Mk. 10.50 halbjährlich,
bei freier Zustellung ins Haus
Blatt: ...
Dr.: ...
Diesen Bestellschein bitten wir in einer unserer Expeditionen abzugeben oder an die Hauptexpedition, Berlin C 2, Breite Str. 8-9, einzuliefern.

Die Grenzpfähle nieder!

Der Arbeiter-Esperantistenbund wird uns geschrieben: Französische Proletarier sprechen zu deutschen Proletariern. Das Weltproletariat reicht sich die Hände. Die Grenzpfähle nieder! Sehr wohl! Aber ihr vergeht, daß nicht nur die Grenzpfähle trennen. Reigt sie nieder! Wir sind trotzdem getrennt. Wir können uns nicht verständigen, denn wir können uns nicht verständlich machen. Wir brauchen den Dolmetscher. Wir, Hunderttausende, Millionen, brauchen einen Vermittler, der unsere Verständigung dirigiert. Ohne ihn sind wir den brüderlichsten Genossen fremd. Wir hören den Klang ihrer Worte, aber wir erfassen nicht ihren Sinn. Das ist keine Verständigung, das ist keine Internationale. Das ist bestenfalls eine Verständigung weniger Führer, die schließlich die fremde Sprache auch nur radebrechen. (1) Wir können vom Proletariat nicht verlangen, daß es mehrere Sprachen lerne. Französisch, Englisch, Russisch usw. und wir brauchen es auch nicht. Die nationalen Sprachen sind ja schließlich auch nur die Produkte feudalistischer und nationalistischer Abschließung. (?) Die Grenzpfähle nieder! Die Sprachgrenzpfähle! Vernimm Esperanto! Esperanto ist das Mittel zu direkter Verständigung des Weltproletariats. Esperanto ist viel leichter zu erlernen als irgend eine andere Sprache. Wir fordern: Einführung des Esperanto für den internationalen Verkehr der Arbeiterparteien. Einführung des Esperanto in den Schulen. Proletarier aller Länder, vereinigt euch durch Esperanto!

Wir geben dieser Zuschrift Raum, weil wir den Bestrebungen der Arbeiter-Esperantisten bis zu einem gewissen Grade sympathisch gegenüberstehen. Die sprachlichen Verschiedenheiten gehen jedoch, wie den vorstehenden Ausführungen gegenüber betont werden muß, keineswegs auf willkürliche Eingriffe irgendwelcher Art zurück, sondern sind das Ergebnis eines natürlichen Entwicklungsprozesses von tiefer innerer Logik und Notwendigkeit. Das Esperanto dagegen ist nichts organisch Erwachsenes, sondern ein Kunstprodukt mit allen Unzulänglichkeiten, die nun einmal zum Begriff des Surrogats gehören. Es ist keineswegs so, daß wer Esperanto kann, der Kenntnis fremder Sprachen zu entraten vermag. Gerade das Feinste und Wesentlichste des fremden Idioms geht auf dem Wege des Esperantos verloren. Das haben alle berufenden Sprachkritiker längst mit überzeugenden Gründen dargetan. Es ist auch nicht richtig, daß der Arbeiter nicht fremde Sprachen lernen kann. Es ist allerdings leichter, Esperanto zu treiben als beispielsweise Französisch, und es ist auch zuzugeden, daß der Arbeiter — ebenso wenig wie sonst jemand — alle fremden Sprachen lernen kann. Aber wer auch nur eine Fremdsprache, und sei es auch nur notdürftig, beherrscht, ist selbst dem perfektesten Esperantisten so unvergleichlich überlegen, soweit es sich um die in den Natursprachen beschlossenen kulturellen und ästhetischen Werte handelt, daß die bescheidenen praktischen Möglichkeiten des Esperanto demgegenüber verschwinden. Und wenn schon die Franzosen im Großen Schauspielhaus uns auf Esperanto gekommen wären — die jändende Unmittelbarkeit, der ganze Zauber, den ein Mensch zu üben vermag, wirkt desto stärker, je mehr dieser Mensch sich gibt, wie er ist. Das kann er aber nicht, wenn er auf künstlich gedrehten Sprachrädern einhersteigt. Auch diejenigen, die nicht Französisch verstehen, verstanden am Sonntag die Franzosen, soweit sie Herz und Nerven hatten, und sie verstanden sie nicht, trotzdem, sondern weil sie Französisch sprachen. Und was die Uebersetzung durch „Führer“ betrifft — Führer sind bekanntlich immer höchst verdächtige Subjekte, die mit Vorsicht zu genießen sind; aber es gibt trotzdem ab und zu einen, sollte man denken, der kein ausgemachter Schurke ist und — mit oder ohne Kenntnis des Esperantos — mühselos so viel zur Niederreißung der nationalen Grenzpfähle tut wie ein unentwegter Esperantist.

Beratung der städtischen Gewerbesteuer

Der zur Vorberatung der neuen Gemeindegewerbesteuerordnung eingesetzte Stadtverordnenausschuß hat am Sonnabend nachmittag seine zweite Sitzung abgehalten, der auf Einladung des Ausschusses eine Reihe von Vertretern der beteiligten gewerblichen Körperschaften und Verbände beimohnten. Stadtkämmerer Dr. Karding hielt einen erläuternden Vortrag über das Wesen der besonderen Gemeindegewerbesteuer. Er wandte sich darin gegen einige mißverständliche Auffassungen über die neue Steuer und die damit verfolgten Ziele. Die Gemeindegewerbesteuer wolle vor allem gegenüber der jetztigen rohen Veranlagung auf Grund der staatlichen Gewerbesteuer mit

Ihren vier Stufen eine bessere und zweckmäßigere Veranlagung erzielen und die Steuer gerechter verteilen. Welches finanzielle Ergebnis die Gemeindegewerbesteuer haben werde, lasse sich erst am Schluß der Haushaltsberatung sagen wenn es gelte, die erforderlichen Mittel zur Bedarfsdeckung zu beschaffen. Früher spielte diese Rolle die Einkommensteuer; heute sei die einzige bewegliche Steuer der Stadt die Gewerbesteuer. Es werde von der Finanzlage der Stadt abhängen, ob die Steuer schrittweise auf etwa 3 oder 4 oder 5 Prozent festgesetzt werden müsse. Der Stadtkämmerer versprach aber, die Höhe des mit dem Steuerertrag zu stopfendes „Lochs“ möglichst eng zu gestalten damit die Gewerbesteuer als erträglich angesehen werden könne. Die Steuer müsse nach den gesetzlichen Bestimmungen schon bei einem Ertrage von 1.00 M., nicht erst bei 5000 M., erhoben werden; die Stadt werde aber aus Billigkeitsgründen in solchen Fällen die Steuer soweit wie möglich ermäßigen oder ganz erlassen.

Der Stadtkämmerer verteidigte weiter die Art der Kopfkopfsteuer damit, daß hierdurch die großen Betriebe stärker belastet werden weil durch deren große Arbeitsmengen die sozialen Ausgaben der Stadt in erster Reihe verursacht würden. Bei der Flächensteuer habe noch der früher der Warenhaussteuer zugrunde liegende Gedanke mitgewirkt. Er gebe aber zu daß eine günstigere Lösung der Frage gefunden werden könne. Der Kämmerer sprach zum Schluß die Erwartung aus, daß überhaupt durch die Verhandlungen mit den Interessenten die Steuerordnung in mehr als einem Punkte verbessert werde.

Es wurde darauf zunächst der Vertreter der Handelskammer, Ernstus Rickalle, gehört, der den Standpunkt des Berliner Handels und der Industrie dahin zusammenfaßte daß die Handelskammer es für ratsam halte, zunächst die in Aussicht gestellte Novelle zum Gewerbesteuergesetz abzuwarten. (1) Sie erkenne an, daß das bisherige Gesetz nicht mehr zeitgemäß sei und Härten enthalte. Die Vorlage des Magistrats halte sich im allgemeinen im Rahmen des Erträglichkeit; die Handelskammer bekämpfe aber die Kopf- und die Flächensteuer würde sich aber einer Steuer unter Inanspruchnahme des Anlage- und Betriebskapitals nicht entgegenstellen. Die weiteren Verhandlungen würden auf Freitag vertagt. Es soll dann der Vertreter der Handwerkskammer gehört werden.

Celly de Rheydt vor Gericht

Die Verhandlung gegen das Cello de Rheydt-Palett und die übrigen Mitangeklagten begann Dienstag pünktlich, obwohl der Angeklagte Barth und einige Sachverständige fehlten.

In der Beweisaufnahme wurde als erster der Zeuge Reubold vernommen; er bezeugt, daß er schon vor zwei Jahren eine Eingabe an die Polizeibehörde gerichtet habe, da er kritischer Gegner derartiger öffentlicher Nachmittagsaufführungen sei. Zeuge hat sich dann das Ballett im „Schaal und Rauch“ angesehen, nachdem er erfahren hatte, daß das Ballett inzwischen in Köln aufzutreten war und man die Tänzerinnen dort gezwungen hatte sich anständig anzuziehen.

K.M. Arthur Wolff überreicht dem Gericht eine Photographie des berühmten Galerienmalers Gemaltes im Reichsmuseum, „Entsagung“, welches die Anreueung zu der Vorführung „Die Rönne“ gegeben habe. Zeuge Reubold erwidert darauf, daß es natürlich darauf ankomme, wie und wo ernte Kunst in Gestalt von Radikeln zur Schau gestellt werde. Frau Elisabeth Grube, Sololängerin an der Staatsoper, bezeugt als Zeugin und Sachverständige folgendes: Von ihrem Standpunkt sei die ganze Ballettvorführung Celly de Rheydt höchst unästhetisch.

Ballettmelster Trojanowski hat das Celly de Rheydt-Ballett mehrfach gesehen und erklärt, daß er die Durchführung eines künstlerischen Gedankens bei den ganzen Tänzen nicht habe feststellen können.

Generaldirektor Langendorf von der Deutschen Lichtbild-Gesellschaft soll als Sachverständiger vernommen werden. Staatsanwaltsrat Hoerz protestiert auf Grund der Strafprozessordnung gegen die Vernehmung, da Langendorf Direktor der Gesellschaft ist, welche den beanstandeten Film hergestellt hat. Die Verteidiger widersprechen diesem Antrag, des Staatsanwalts, da es sich um eine ganz andere Aufnahme handle. Der Staatsanwalt erklärt, daß er aus den gleichen rechtlichen Gründen auch gegen die Vernehmung des Kammerjägers Lieban protestieren werde, da die intimierten Tänze auch bei ihm ausgeführt worden seien.

Kriminalkommissar von Behr, Leiter der Abteilung A der Abteilung III des Polizeipräsidiums, war seinerzeit mit den Ermittlungen über das Ballett Celly de Rheydt betraut und hat, wie er bezeugt, damals keinen Zweifel gehabt, daß einzelne Tänze unbedingt als unständig zu betrachten waren. Uns ist vielfach gesagt worden: „Ihr seid ja eine ganz jämmerliche, ekelhafte Polizei, die größten Cochonnerien duldet ihr.“

Auf eine Frage des Rechtsanwalts Banden eschen bestätigte Zeuge von Behr noch, daß unästhetische Filme von der Polizeibehörde bei der Filmprüfung sofort zurückgehalten und den Firmen gar nicht erst wiedergegeben werden.

Als Sachverständiger wird hierauf der Präsident der Deutschen Bühnensenioren-Gesellschaft Gustav Rickelt, vernommen. Er habe die Tanzvorführungen sehr langweilig gefunden und sei sogar schließlich krank eingenickt, da er jedoch von einer Reise zurückgelehrt und sehr müde war.

Aktendiefstahl im Falle Franz

Ueber einen Vorgang, der noch weiterer Aufklärung bedarf, wird uns folgendes gemeldet. Am 10. d. M., abends 9 Uhr, wurde der etwa 27 Jahre alte Kaufmann Gerhard Senger aus Friedenau durch den 3. Genieur Oswald Franz, Kurfürstendamm 224, wohnhaft in einer Konditorei am Kantplatz festgenommen. Wie den Zeugen wohl noch erinnerlich, erregte die im Dezember 1920 erfolgte Verhaftung des Franz und seiner Ehefrau wegen schwerer fälscher Verfehlungen ungeheures Aufsehen. Nachdem Franz bereits im März v. J. auf freien Fuß gesetzt war, wurde Herr Franz Oktober 1920 wegen völliger Haftunfähigkeit aus der Haft entlassen. Von dem erwähnten Senger, der sich als „Dr. Friedrich“ nannte, wurde dann dem Angeklagten das Anerbieten gemacht, ihm gegen Zahlung von 25000 Mark die Akten in dem gegen ihn schwebenden Strafverfahren zu beschaffen. Herr Franz ging zum Schein darauf ein, Benachrichtigte aber umgehend die Staatsanwaltschaft sowie die Kriminalpolizei.

Am vorigen Dienstag abend wurde F. von dem Senger telefonisch befragt, ob er das Geld bereit habe und gewillt sei, noch am gleichen Abend gegen Zahlung der vereinbarten Summe seine Akten in Empfang zu nehmen. Herr Franz erklärte sich bereit, zur verabredeten Stunde sich mit Senger zu treffen und das Geld mitzubringen. Die beiden führten hierauf nach der Konditorei am Kantplatz. Senger verstand dann auf einige Augenblicke, angeblich, um die Akten, die sich in der Nähe befanden, herbeizuholen; in Wirklichkeit wurden ihm diese aber von zwei Helfershelfern, die sich gleichfalls in der Konditorei befanden, zugesteckt. Als Franz sich überzeugt hatte, daß die ihm von Senger vorgezeigten Akten wirklich seine eigenen Akten waren, erfolgte eine sehr aufregende Szene, denn Herr Franz packte den Senger plötzlich fest, bis Senger den telefonisch herbeigerufenen Polizeibeamten übergeben werden konnte. Herr Franz hat am Mittwoch vormittag die Akten dem Staatsanwalt persönlich zurückgegeben. Es ist zu erwarten, daß die Untersuchung völlige Klarheit über die reichlich dunkle Angelegenheit bringen wird. Andererseits sollen demnächst in der Franz'schen Angelegenheit noch sensationelle Enthüllungen zu erwarten sein.

Ein neues Straßenbahnunglück

Ein schwerer Zusammenstoß zwischen zwei Straßenbahnwagen der Linie 74 ereignete sich Dienstag vormittag gegen 8 Uhr vor dem Hauke-Rue-Konigstr. 35. Die Straßenbahnwagen kamen aus den entgegengesetzten Richtungen, als plötzlich der Anhänger 1168 des Motorsagens 5451 infolge Schneeräumung aus den Schienen heraussprang und mit voller Wucht gegen den Wagen 5468 anprallte. Es gelang dem Fahrer des letzteren, nach Ausschaltung des Motors sich durch Herunterspringen vom Wagen zu retten. Im nächsten Augenblick war der Verton des Wagens 5468 bereits vollständig zertrümmert, ebenso zerbrachen die Scheiben des Wagens. Von den Insassen sind fünf Personen leicht und zwei schwer verletzt worden. Der Geschäftsführer Johannes Hoffmann aus der Lippehner Straße 15, erlitt einen Bruch des linken Unterarmes und Schnittwunden im Gesicht der 33 Jahre alte Arbeiter Rudolf Benisch aus der Pippener Str. 24, trug ebenfalls schwere Verletzungen davon. Ihm wurde die Sohle des linken Fußes abgequetscht. Außerdem zog er sich am Kopfe mehrere Schnittwunden zu. Der Schaffner des Wagens 5451 kam mit Schnittwunden an der linken Hand davon. Die beiden Schwerverletzten Hoffmann und Benisch wurden nach dem Krankenhause am Friedrichshagen gebracht, wo Benisch verbleiben mußte, während Hoffmann nach Anlegung von Verbänden nach seiner Wohnung gebracht werden konnte. Die Verletzten erhielten die erste Hilfe auf der Rettungsstelle 15.

Im Streit erstickt. In der Bohlenhofer Brauerei in der Rollendorferstraße getöteten der 47jährige Brauereiarbeiter Wilhelm Kowale aus der Frenkenwalder Straße 31 und der 49jährige Kellnermeister Christian Beyer aus Spandau in einen Streit. Im Verlaufe desselben rißte sich Kowale mit einem Messer auf Beyer und verletzte ihm mehrere Stiche in die Brust, so daß dieser tödlich getroffen zusammenbrach. Der Täter wurde festgenommen.

Der einzige Weg

Roman von Paul Reboux

Uebersetzt von Rudolf Rühl. Copyright 1921 von Ullstein & Co. G. m. b. H., Leipzig.

(70. Fortsetzung)

Sie mußte sich an einem Tisch halten, um nicht umzusinken. Real sah auf ihrem lieblichen Antlitz alle Anzeichen des Schreckens. Frau Baravère schalt ihren Bruder: „Ich verstehe dich nicht. Du verurteilst den Krieg. Aber wegen eines Dummengungenstreiks lässest du dich auf ein Duell ein. Ein Zweikampf ist ebenso tödlich und ein ebensolches Glücksspiel wie der Krieg...“ Er suchte sich zu verteidigen: „Man hat mich einen Feigling genannt.“ Frau Baravère wollte wissen, ob er ein guter Fechter sei. „So, so. Ich muß gesehen, seit fünfzehn Jahren habe ich keinen Teigen in der Hand gehabt.“ „Guter Gott“, seufzte sie, „dieser Dupont ist ein großer Sportsmann. Sei nur vorsichtig.“ Nach einer Weile des Redens meinte sie: „Es kommt nicht auf das Wort, sondern auf die Sache an. Wenn du der allgemeinen Verachtung getroht und den Zweikampf abgelehnt hättest, wäre es ein weit schöneres Beispiel von Mut gewesen.“ „Das wohl, aber ich hätte meinen Gegnern eine Waffe in die Hand gedrückt. Sie hätten gesagt: Die Ehre Frankreichs ist ihm so wohlfeil wie seine eigene. Nein, nein! Meine Ueberzeugung ist kein Schutzmantel für Feiglinge. Hier habe ich Gelegenheit, das zu beweisen.“ Yvonne schwieg. „Sie sind nicht einverstanden?“ fragte er. Sie ließ die Augen nicht von ihm. Schöne schwarze Augen in einem bleichen, angstvollen Gesicht, schöne Augen mit langen Wimpern, schöne Augen, aus denen so viel zärtliche Sorge sprach. „Ist dieser Herr Dupont ein sehr tüchtiger Fechter?“ fragte sie mit erstickter Stimme. Er blinnte sie mit zärtlichem Vorwurf an. „Wollen Sie mich mit solchen Fragen ermutigen?“ Sofort wurde ihre Miene entschlossen. „Sie haben recht. Was Sie vorhaben, ist gut, sehr gut.“ „Nächste aber neigte sie den Kopf und hielt die Hände vor die Augen.“

„Aber, mein Kind, Sie weinen?“ Dieser Kummer, diese Tränen... War er ihr mehr als ein guter Freund? Schon hätte sie ihre Haltung wiederzogen, die nur einen Augenblick ins Wanken gekommen war. „Ach, ich bin nervös, verzeihen Sie mir.“ „Arme Kleine“, sagte Frau Baravère und zog sie zärtlich an sich. Um diesen Kummer zu zerstreuen, um sich selbst gegen die Neue zu schützen, die ihm die Angst der beiden Frauen verursachte, begann Real händereibend im Zimmer herumzuwandern und mit etwas gezwungener Heiterkeit zu plaudern: „Nein, die Frauen! Ihr wollt mich wohl ganz hassenherzig machen? Was macht ihr denn aus unserer alten Heldennation? Bevor ihr mich beweint, wartet doch ab, ob mich mein edler Gegner unter die Erde bringen wird.“ Yvonne lächelte unter Tränen und entschuldigte sich: „Ich bin dumm... verzeihen Sie mir...“ „Nein, mein Kind“, sagte Real, indem er ihre Hand ergriff und fest zwischen seinen Händen hielt, „Sie sind im Gegenteil, ganz im Gegenteil...“ Ihm fehlte das Wort. Er verstummte, wurde verlegen und sah Yvonne lächelnd an, doch mit einem Lächeln, hinter dem auch bei ihm die Rührung lauerte.

Yvannes Geständnis

Yvonne war während des ganzen Vormittags von Unruhe gequält. Wenn es nur kein Unglück gab. Dieser kriegerische Dupont war doch gewiß ein geübter Fechter. Und Real war wohl stark, aber ungeübt. Yvonne sah ihn schon mit durchbohrter Kehle im Grabe liegen. Wie schrecklich! Konnte man denn nichts gegen diese entsetzliche Gefahr tun? Mußte man die Stunden schleichen lassen und untätig abwarten, bis man endlich etwas erfährt? Nach dem Essen — dem Versuch einer Mahlzeit, bei dem die zusammengeschnürte Kehle keinen Bissen durchließ — konnte sie die Einsamkeit nicht länger aushalten. Sie lief zu Frau Baravère, die sie in dem gleichen Zustand antraf; abgemattet von einer schlaflosen Nacht und einem angstgequälten Vormittag. „Halb drei...“ Sie blinnte nach der Uhr und verfolgte stumm den Lauf des Zeigers. Manchmal behauptete die eine oder die andere:

„Es ist tödlich, daß wir uns so ängstigen. Seit dem Kriege hat man den Zweikampf ganz vergessen... der ist ja ziemlich ungefährlich... Freilich, Ausnahmen kommen vor...“ „Als die Uhr drei schlägt, begegneten sich ihre Blicke.“ „Jetzt geht es los... Ach, lieber Gott!“ Sie wußten nicht, was anfangen. Gern hätten sie gebetet... Sie saßen stumm, mit Herzklopfen und leuchteten... Ein Viertel vier... „Jetzt muß es zu Ende sein“, meinte Frau Baravère. Dieses einfache Wort, das unter Umständen eine düstere Vorausage bedeuten konnte, ließ die beiden erzittern. Nüchtern klingelte der Fernsprecher. Sie erhoben sich beide, doch Frau Baravère sagte leichenblau: „Sprechen Sie, mein Kind, meine Beine tragen mich nicht mehr.“ Und sie fiel in ihren Sessel zurück. „Hallo, Hallo! Wer ist dort? Nein, falsche Verbindung!“ Yvonne seufzte sich, durch die lächerliche Umkehrung ganz verört, wieder zu ihrer alten Freundin. „Halb vier... vier Uhr... nichts. Das Stillschweigen hatte etwas unendlich Aufregendes. Sie riefen sich die Verabredung vom Tag vorher ins Gedächtnis. Er hatte ihnen doch deutlich versprochen, sie sofort zu benachrichtigen. Wenn nur kein Unglück geschehen war! Die Türglocke schlug an und verkündete einen Besuch. Ein Besuch! Kein telefonischer Anruf? Ihre Angst wurde herzzerreißend. Er konnte nicht selbst kommen, er mußte jemand beauftragen... Die Tür ging auf. „Jacques!“ Frau Baravère fiel ihm um den Hals. Er versicherte wohlgenut: „Die Geschichte hat nicht lange gedauert. Ich bin also lieber selbst gekommen.“ „Hast du ihn verwundet?“ „An der Brust. Gleich im ersten Gang.“ „Schwer?“ „So mittel, gottlob, nicht allzu schwer.“ Yvonne hatte die Hand auf die Brust gepreßt und suchte, den Aufruhr ihres Herzens zu beruhigen. Er mußte alles erzählen. Sie fragten unermüdet. Er gab einen lustigen Bericht, so daß sie, von ihren Sorgen befreit, bald herzlich lachten. (Fortsetzung folgt.)

Die Ideen und Ziele des Zentrums

Programmrede des Abg. Marx

Der gestrige dritte Verhandlungstag des Zentrumsparlamentes begann mit einem Referat des Vorsitzenden der Reichstagsfraktion des Zentrums, Senatspräsidenten Marx, über die „Ideen und Ziele der Zentrumsparlei“. Am Schluß eines Parteitages, so führte er aus, ist es nicht angemessen, die Grundsätze noch einmal festzustellen, nach denen unsere großen Führer ihre Politik eingerichtet haben und von denen, wie wir behaupten, die Partei bis zum heutigen Tage in wesentlichen Punkten nicht abgewichen ist. Zu meinem Scherz mag es gehören, daß in dieser Hinsicht manche Kreise anderer Ansicht sind. Seit einigen Jahren finden wir, daß gewisse Kreise, auch solche, die aus dem Boden der Partei entstanden sind, die Behauptung aufstellen, es seien jetzt mehr die erwarteten Grundzüge der Zentrumsparlei, die der tatsächlich verfolgten Politik zugrunde gelegt würden. Schon aus diesem Grund ist es zweckmäßig, wieder einmal die wesentlichen Grundzüge festzustellen, auf denen die Zentrumsparlei errichtet worden ist. Das Zentrum ist gegründet worden in erster Linie als eine christliche Partei. Mag auch der moderne Staat sich bemühen vom Christentum und christlicher Weltanschauung abzuwenden, das Zentrum wird unerschütterlich an der Ueberzeugung festhalten, daß ein Staatswesen die ihm naturgemäß gestellte Aufgabe nicht vollkommen zu erfüllen imstande ist, wenn nicht eine Gesetzgebung eingerichtet ist, die

im Einklang mit den Grundgesetzen des Christentums

steht, daß auch der von so vielen heiß ersehnte Völkfrieden undenkbar ist, ohne die Anwendung und Durchführung christlicher Grundzüge.

Hier höre ich sofort den Einwand: Wie kann das Zentrum Anspruch darauf erheben, eine christliche Volkspartei zu sein, da es sich doch mit den Sozialdemokraten verbündet hat, den Gegnern von Christentum und Religion. Den Vorwurf gegen die Sozialdemokraten in dieser allgemeinen Form kann ich nicht als berechtigt anerkennen. Um was handelt es sich denn bei der Koalition des Zentrums mit Sozialdemokraten und Demokraten? Nicht um einen Bund oder eine Verschmelzung, sondern lediglich um eine Arbeitsgemeinschaft, die der Regierung des neuen Reiches nach innen und außen die Kräftigung und Stärkung angedeihen lassen mußte, der sie dringend bedurfte. Niemand ist dem Zentrum ein Vorwurf seiner Weltanschauung oder seiner religiösen Ueberzeugung verlangt worden. Ein solches Verlangen wäre aus dem allseitigsten Interesse zurückgewiesen worden. Im Anfang des Jahres 1919, zur Zeit der Wahlen zur Nationalversammlung, hätte es wohl niemand für möglich gehalten, daß die

Rechte und Freiheiten der Kirche

in einem solchen Umfange gewährt werden könnten, wie es tatsächlich in der neuen Reichsverfassung geschehen ist. Aus den oben genannten Gründen ergibt sich als erste Folgerung das unentwegte Festhalten an der Forderung: Freiheit der Kirche, in erster Linie der katholischen Kirche.

Wir verlangen, daß jeder Staatsangehörige sich frei seinem Gewissen nach betätigen kann. Um so mehr aber müssen wir fordern, daß auch die anders Denkenden unsere Ueberzeugung achten und uns die Freiheit lassen. Dabei ist das Zentrum seit je eine politische und

keine konfessionelle Partei.

Von je her haben Evangelische der Zentrumsparlei angehört und nach wie vor sind wir bereit, auch evangelische Mitbürger mit offenen Armen in unserer Partei willkommen zu heißen. Wenn uns auch die Entwicklung des politischen Lebens in Deutschland, in erster Linie die Freiheit der katholischen Kirche zu erstreben, so haben wir doch niemals irgendwelche Schritte getan, um die Rechte der evangelischen Kirche zu schmälern. Eine weitere Folge des oben aufgestellten Grundprinzips ist das Verlangen nach Parität, nicht nur nach der konfessionellen Seite, sondern auch nach der Seite der Parteizugehörigkeit hin. Die Fähigkeit und Lüstigkeit des einzelnen zur Beübung seines Amtes vorausgesetzt, verlangen wir bei gleicher Eignung, daß Angehörige des Zentrums in gleicher Weise herangezogen werden, wie Angehörige anderer politischer Richtungen. In dieser Hinsicht ist in den letzten Jahren eine Besserung eingetreten. Aber zu unserem größten Bedauern müssen wir immer wieder feststellen, daß in gewissen Ministerien und Behörden noch der alte Geist fortlebt. Eine weitere Folgerung stellt die Forderung nach

Sicherstellung und Beibehaltung der konfessionellen Schule

dar. Dabei ist Gewissensfreiheit für uns unantastbares Gut. Wer da glaubt, keine Kinder ohne die Vermittlung der Heilswahrheiten erziehen zu können, der mag sie der weltlichen Schule anvertrauen. Wir aber erheben mit aller Kraft die Forderung, daß unser Schulwesen im Deutschen Reich nach dem Willen der Erziehungsberechtigten eingerichtet werden muß.

In einigen Kreisen verißelt man dem Zentrum immer noch, daß es sich nach der Revolution mit aller Entschiedenheit auf den neuen Stand der Dinge eingerichtet und nach Annahme der Reichsverfassung gefordert hat, daß nunmehr alle sich auf den Boden vollendeter Tatsachen stellen sollten. Man sagt, das Zentrum sei grundsätzlich eine monarchische Partei gewesen und habe sich nicht ohne weiteres mit der republikanischen Staatsverfassung abfinden dürfen. Man tabelt uns, weil wir an der Weimarer Verfassung festhalten und eine Änderung nur auf gesetzliche Wege vorzunehmen bereit sind. Diesem Vorwurf ist aber immer noch überlegen, daß nach dem Umsturz der bisherigen Staatsverfassung, nach Entbindung der Beamten von ihrem, dem Monarchen geleisteten Eide, das deutsche Volk in rechtlich durchaus einwandfreier Weise durch seine nach dem freien Wahlrecht gewählten Vertreter in Weimar

sich selbst eine Verfassung gegeben

hat, und daß damit der unbestreitbare rechtswidrige Zustand zu einem rechtlich begründeten gemacht worden ist. Die Verfassung vom 11. August 1919 ist durchaus einwandfrei zustande gekommen und nun nach christlicher Auffassung von einer christlichen Volkspartei als verbindlich betrachtet und anerkannt werden.

Ob Monarchie oder Republik

beide Staatsformen sind mit christlicher Auffassung vom Wesen des Staates durchaus vereinbar. Beide Programme des Zentrums aus den siebziger Jahren betonen ausdrücklich die Verteidigung des verfassungsmäßigen Rechts. Ganz selbstverständlich ist es, daß das Zentrum die nun einmal beschlossene Verfassung nur dann einer Nachprüfung und Abänderung unterziehen will, wenn wichtige Gründe dazu vorhanden sind.

Zur Zeit wäre es das Unwünschteste, sich in neue Verfassungskämpfe einzulassen. Mit größter Entschiedenheit verwerfen wir selbstverständlich jeglichen Versuch gewaltsamer Änderung der bestehenden Verfassung. Niemand kann nach unserer Auffassung die Ueberzeugung, daß die monarchische Staatsform die bessere und für das deutsche Volk vorteilhaftere sei, auch nur einen Schein des Rechtes dafür abgeben, die jetzt republikanische Verfassung gewaltsam zu verändern und aufzuheben. Es ist geradezu eine Gewissenspflicht für jeden überzeugten Christen, der Obrigkeit untertan zu sein; ob sie ihm gerade paßt oder nicht, ist dabei vollständig gleichgültig.

Der Redner wandte sich dann weiter gegen den Vorwurf, daß das Zentrum nicht an dem föderativen Charakter des Reiches festgehalten, sondern in unzulässiger Weise den Einheitsstaat gefördert habe. In unserer neuen Richtlinien haben wir ausdrücklich

die Reichseinheit als unverletzlich

für die Zentrumsparlei feierlich erklärt und daran den Satz geknüpft: „Mit ihr steht und fällt die staatliche Lebenskraft des deut-

lichen Volkes. Im Rahmen der Reichseinheit ist das Eigenleben der Länder zu schützen und zu pflegen. Der zentralistische Staatsaufbau entspricht nicht dem deutschen Volkscharakter.“ Damit ist der zentralistische Einheitsstaat mit aller wünschenswerten Schärfe und Klarheit abgelehnt. Heutzutage ist meines Erachtens erste und strenge Pflicht aller derjenigen, die zur Zentrumsparlei gehören wollen, nicht nur formell dem Staate die Treue zu halten, sondern auch vom ganzen Herzen bereit zu sein, alles zu tun, um unser Staatswesen zu fördern und zu heben. Im demokratischen Staatswesen darf der Staat nicht als etwas Fremdes, ja als etwas Feindliches vom Volke betrachtet werden, nein — das Volk ist der Staat.

Ebenjowenig, wie wir zugeben dürfen, daß die Zentrumsparlei irgendwie ihre alten Grundzüge verlassen habe, ebenjowenig wollen wir auch von einer Umgestaltung und Umwälzung der Zentrumsparlei und ihren Grundzügen sprechen. Unsere Grundzüge haben sich nun schon seit Jahrzehnten bewährt und verbürgen das Heil des Staates und des Volkes, wenn nach ihnen das öffentliche Leben eingerichtet wird. (Stürmischer, langanhaltender Beifall.)

Zum Schluß seiner Ausführungen ging Präsident Marx auf die am Sonntag viel kommentierte Tatsache ein, daß das Referat über die politische Lage nicht von ihm, als dem Vorsitzenden der Fraktion, sondern von Minister Brauns gehalten worden sei. Er gab die Erklärung ab, daß von irgendwelchen Unstimmigkeiten keine Rede sein könne. Insbesondere sei es unrichtig zu behaupten, er stände auf dem rechten Flügel. „Ich habe“, so erklärte Marx, immer die richtige Stellung, nämlich im Zentrum, innegehalten. Namens der Fraktion erklärte ich nochmals, daß

die Reichstagsfraktion des Zentrums hinter dem Reichskanzler steht.

An der Tatsache, daß die Politik des Reichskanzlers und der Fraktion vollen Erfolg gezeitigt hat, ist heute nicht mehr zu rütteln.“

(Fortsetzung im Hauptblatt.)

Gewerkschaftliches

Mühlenarbeiterstreik und Technische Nothilfe

Wir hatten in unserer gestrigen Morgenausgabe darauf hingewiesen, daß auf Veranlassung der Direktion der Humboldt-Mühle die Technische Nothilfe in den Mühlenarbeiterstreik eingegriffen habe, weil angeblich 300 Tonnen amerikanischen Weizens vor dem Verderben geschützt werden müßten. Vom Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter erhalten wir jetzt eine längere Zuschrift, worin festgestellt wird, daß die 300 Tonnen Getreide schon seit Monaten auf dieser Stelle lagern, ohne daß es jemand von der Direktion eingefallen war, Anordnungen zu treffen, daß das Getreide gemeldet wird. Der durch das Getreide gehende Elevator-Gurt ist durch dieses schon in Fäulnis übergegangen. Vor einem Vierteljahr wurden einige Arbeiter damit beauftragt, das Getreide zu wenden. Da aber zu wenig Leute im Betriebe waren, wurde auf Veranlassung der Direktion die Arbeit wieder eingestellt. Sechs Wochen vor Ausbruch des Streits sind noch Arbeiter wegen Arbeitsmangel entlassen worden, trotzdem die Direktion wußte, daß das Getreide auf dem Boden versaut und an der Oberfläche handhoch grün war. Weil dieser Fäulnisprozeß schon so weit vorgeschritten ist, ist die Arbeit des Wendens der 300 Tonnen Getreide überflüssig. Hingzu kommt, daß die Arbeit etwa sechs Wochen in Anspruch nehmen würde. Dieses Getreide kommt als Nahrungsmittel wegen des verdorbenen Zustandes nicht mehr in Frage. Die Streitenden weisen es mit Entrüstung zurück, wenn ihnen jetzt die Schuld für das Verderben dieser Getreidemengen zugeschoben wird.

Um das Reich vor noch größerem Schaden zu bewahren, empfiehlt der Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter der Reichsgetreidestelle, sämtliche Getreidenorrate auf eigene Kosten mahlen zu lassen, falls die Mühlenunternehmer durch ihr Festhalten eine Einigung mit ihren Arbeitern unmöglich machen. Wenn das Reich den Mühlenarbeitern den geforderten Lohn zahlt, würde es noch einen erheblichen Uberschuß zum Besten der Allgemeinheit erzielen.

Wir können diesen Standpunkt der Arbeiterorganisation nur unterstützen und erwarten von den in Frage kommenden behördlichen Stellen ein sofortiges Eingreifen.

Schiedspruch in der Berliner Metallindustrie

Der zur Schlichtung von Lohnstreitigkeiten in der Berliner Metallindustrie vom Reichsarbeitsministerium eingesehter Schlichtungsausschuß hat in der Sitzung am 17. Januar 1922, an der teilgenommen haben: Dr. Casar, Oberregierungsrat, Berlin, Vorsitzender; Grzesinski, Staatssekretär a. D., Berlin; Dr. Wikardt, Mühlendirektor, Berlin als Unparteiliche; Dr. Pfeil, Regierungsbaumeister, Berlin; Kremerer, Fabrikbesitzer, Berlin; Pfaffe, Fabrikdirektor, Berlin, als Arbeitgeberbeisitzer; Reihner, Maschinenkloster, Berlin; Müller, Transportarbeiter, Berlin; Bredow, Former, Berlin, als Arbeitnehmerbeisitzer, folgenden Spruch abgegeben:

Der Schlichtungsausschuß steht in Anbetracht der tatsächlichen und rechtlichen Verhältnisse von einem Schiedsspruch ab und beschränkt sich auf folgenden Vorschlag an die Parteien:

1. Die Lohnsätze des Tarifvertrages gelten als zum 31. Januar 1922 gekündigt.
2. Den Arbeitgebern wird empfohlen, allen Arbeitern und Arbeiterinnen für den Monat Januar 1922 eine Zulage auf die Stundenlöhne zu gewähren, da ein Fortschreiten der Leistung in gleichem Umfange auch im Januar 1922 gegenüber Dezember 1921 nicht zu verkennen ist. Ueber die Höhe dieser unter 2. empfohlenen Zulage und über eine den etwa weiter fortgeschrittenen Leistungsverhältnissen entsprechende weitere Zulage für die nach dem 1. Februar 1922 liegende Zeit treten die Vertragsparteien innerhalb einer Woche erneut zunächst unter sich in Verhandlung.

Die Lage im Müllkufflerstreik

Vom Deutschen Transportarbeiterverband wird uns geschrieben: Auf Anraten des Demobilisierungskommissars fand am Freitag, den 13. d. M., eine Verhandlung zwischen der Gewerkschaftsleitung der Wirtschaftsgenossenschaft und dem Betriebsrat sowie dem Verbandsvertreter über Abschluß eines neuen Tarifvertrages statt. Die Art, wie die Unternehmer die Verhandlung führten, ließ klar erkennen, daß alles versucht werden sollte, eine Verständigung unmöglich zu machen. Es fehlt der Direktion der ersten Wille, den Frieden wiederherzustellen. Das geht schon daraus hervor, daß den Arbeitnehmern zugemutet wurde, für den alten Lohn zu arbeiten und zwar wöchentlich 568 M. für Ruscher und 544 M. für Müllkuffler.

Auch hält die Gesellschaft daran fest, daß der Urlaub gekürzt, die Lohnzahlung bei Unfällen und Krankheiten — trotzdem die Arbeitnehmer hier bereits weitgehende Konzessionen gemacht hatten, — noch weiter reduziert werden. Desgleichen sollen die Rechte der Betriebsräte eingeschränkt werden. Eine derartige Zumutung, sich diesem Diktat zu unterwerfen, lehnte die Belegschaft ab. Damit sind die Verhandlungen auf einem toten Punkt angelangt. Aussicht auf Beilegung des Streiks ist vorläufig nicht vorhanden, es sei denn, daß die Gesellschaft ihren Herrenstandpunkt ändert. Solange sind die Müllkuffler fest entschlossen, den Kampf weiterzuführen.

Gemütsmenschen in der Herrenkonfektion

Eine am vergangenen Sonntag tagende Versammlung der Zuschneider, Schneider und Schneiderinnen in der Herrenkonfektion nahm den vom Genossen Kuchebach erstatteten Bericht über den beim Reichsarbeitsministerium gefällten Schiedsspruch entgegen. Bei den Verhandlungen erklärte der Arbeitgebervertreter Stern, daß sich die Arbeitgeber mit den Stofflieferanten und ihren Abnehmern in der Herrenkonfektion dahingehend verständigt hätten, daß sie lieber ihre Betriebe schließen, als eine Lohnerhöhung bewilligen würden. Sie hätten keine Lust, sich der hohen Kleiderpreise wegen die Fensterauslagen plündern zu lassen. Das soll also mit anderen Worten heißen, eine geringfügige Lohnerhöhung würde die Kleiderpreise derart steigern, daß neue Pländerungen zu befürchten seien. Einen solchen Kohl kann Herr Stern auch nur im Arbeitsministerium erzählen. Jedes Kind weiß, daß die Sucht nach immer höheren Konjunkturgewinnen die ungerechtfertigt hohen Preise in der Konfektion zeitigt.

Genosse Kuchebach teilte den gefällten Schiedsspruch mit, nach dem die Zuschneider eine 10prozentige, die Schneider und Schneiderinnen eine 10prozentige Lohnerhöhung mit Wirkung ab 2. Januar 1922 erhalten. Die Arbeitskräfte werden um 11 Prozent erhöht. Der Referent teilte mit, daß Lohnkommission und Beirat die Annahme des Schiedsspruches empfohlen würden.

Die Debatte zeigte eine gereizte Stimmung der Versammlungsteilnehmer, die sämtliche Redner daransetzte, die Ungerechtigkeiten des Schiedsspruches schärfstens zu kritisieren. Die Versammlung stimmte schließlich dem Schiedsspruch zu, verlangte aber in einer Entschließung vom Beirat, daß in Zukunft nicht der Beirat, sondern die Mitglieder über Annahme oder Ablehnung von Schiedssprüchen zu entscheiden hätten. Die Lohnkommission wurde beauftragt, sofort neue Lohnverhandlungen anzubahnen. Die Inkraftsetzung des Reichstarifvertrages wird spätestens zum Frühjahr d. N. gefordert.

Kuchebach verlangte nachdrücklich, daß im Interesse der Erhaltung des Arbeitsstandes radikal und endgültig dem Ueberflur und dem Unwesen gesteuert werde.

Stuck- und Gipsbaubranche

Nach Annahme des Schiedsspruches vom 10. Januar durch Arbeitgeber und Arbeitnehmer sind ab 1. Januar 1922 folgende Stundenlöhne zu zahlen: Bildhauer, Mindestlohn 14,90 M., Stuckateure, Kokoische, Kalk- und Zementdrähtpuffer, sowie Plattenleger 14,90 M., Kalkspanner 14,50 M. Für die angeführten Gruppen kommt noch für Werkzeugensubstanz 10 Pfg. die Stunde hinzu. Kalkpugträger 13,50 M., Hilfsarbeiter 12,85 M.

Für Lehrlinge sind folgende Wochenlöhne ab 1. Januar zu zahlen: im ersten Lehrjahr 90 M., im zweiten 140 M., im dritten 200 M.

Auslösung Mindestlohn 30 M. täglich. Diese Löhne gelten für alle Stuck- und Gipsbaubetriebe und für alle Arbeitsstätten, wo Stuckateure und Gipsbauarbeiter ausgeführt werden.

Die Sektionsleitung.

Maß- und Reparaturhutmacher! Die Schuhmacherinnungen Groß-Berlins haben den am 29. Dezember 1921 vom Schlichtungsausschuß gefällten Schiedsspruch abgelehnt. In einer Branchenversammlung, welche heute abend 7/7 Uhr in Wilkes Festsaal, Sebastianstr. 39, stattfand, wird zu der neuen Situation Stellung genommen. Wir rufen unsere Kollegenschaft auf, in dieser Versammlung zu erscheinen. Heraus aus den Betrieben und erscheint vollzählig. Für die Taufstammen Kollegen findet eine besondere Versammlung am Donnerstag, den 19. Januar, abends 8 Uhr, bei Trübel, Große Frankfurter Str. 47, statt.

Putz- und Wiederaufbau. Am 20. Januar 1922 hält die Fachgruppe Hoch- und Tiefbau und Architekten des Bundes der technischen Angestellten und Beamten in den Sophienhallen, Sophienstr. 17-18, abends 7/7 Uhr, eine Versammlung ab, in der auf Wunsch der Kollege Kaufmann einen Vortrag halten wird über den Wiederaufbau Nord-Frankreichs und über die anlässlich seiner Pariser Reise und im Verkehr mit den französischen Kollegen gewonnenen Eindrücke.

Es wird erwartet, daß zu diesem hoch interessanten Vortrag nicht nur die Kollegen aus dem Baugewerbe, sondern auch Kollegen anderer Fachgruppen erscheinen werden.

Arbeitslosigkeit überall. Sowohl in den Westländern als auch in Amerika ist die Zahl der Arbeitslosen in den letzten Monaten überall im Steigen begriffen. In England waren Anfangs Dezember außer den Kurzarbeitern beinahe 16 Prozent sämtlicher Arbeiter beschäftigungslos. In dem Gliedstaat der Vereinigten Staaten, Massachusetts, geben die Gewerkschaften 26 Prozent ihrer Mitglieder als Arbeitslose an. In Holland und Kanada melden die Gewerkschaften für Oktober bzw. November eine Arbeitslosigkeit von je 8 1/2 Prozent ihrer Mitglieder. In Holland sind besonders die Diamant-, Tabak- und Landarbeiter betroffen. In Schweden betrug die Zahl der Arbeitslosen im November mehr als 100 000, in Italien dagegen — außer den Kurzarbeitern — beinahe eine halbe Million. Die Hartnäckigkeit der italienischen Krise ist auch daraus ersichtlich, daß ein Teil der Arbeiter bereits über die gezielte Verschärfungsdauer, d. h. über 90 bzw. 120 Tage, beschäftigungslos ist. So hoch letztere noch um 45 Tage verlängert werden müßte. Die englische Arbeiterpartei — Labour Party — hat die Forderung aufgestellt, daß der Staat die Zinszahlungen der Staatsanleihen zeitweise einstellen und den so ersparten Betrag für die menschenwürdige Erhaltung der Arbeitslosen verwenden solle. Für die gewöhnliche Moral ist es ja selbstverständlich, daß der Unterhalt hundlos Hungernder eine wichtigere Staatsaufgabe ist als die Vermehrung des Renteneinkommens. Die kapitalistische Moral, der auch die Regierungen huldigen, wird aber diese Forderung kaum anerkennen wollen.

Die Sammlung von Spenden der Konsumgenossenschaften für die Opfer des Unglücks in Opatz und für das hungerrnde Rußland und Georgien hat bisher insgesamt 289 028 M. erbracht. Davon entfallen 168 286 M. für den ersteren und 122 742 M. für den letzteren Zweck. Die Verlags-gesellschaft deutscher Konsumvereine m. b. H., Hamburg, nimmt weitere Gaben entgegen.

Werkmeister-Haus-Genossenschaft Berlin. Generalversammlung am Donnerstag, den 19. Januar 1922, abends 7 Uhr, im Restaurant Schultheiß, Neue Jakobstr. 24/25.

An alle Distrikte des Bezirksverbandes Berlin-Brandenburg U.S.P.D.

Auf Beschluß der Bezirksleitung von Berlin-Brandenburg findet am Sonntag, 29. Januar, vormittags 9 Uhr, in Berlin, Engländer 24/25 (Gewerkschaftshaus, großer Saal) eine

Provincial-Konferenz

Kat. — Tagesordnung: Das Ergebnis des Leipziger Parteitages. Zutritt haben a) die Mitglieder des Zentralvorstandes, b) aus jedem Distrikt (Berlin und Provinz) je fünf Delegierte. Wir bitten, überall zu dieser Konferenz Stellung zu nehmen und Delegierte zu wählen. (Die Genossinnen müssen im Verhältnis ihrer Zahl vertreten sein.) Mandate gehen den Mitgliedern des Z.-V. und für die Delegierten, den Distriktsleitern zu. Entsendende Delegationslisten trägt der Distrikt, in besonderen Fällen die Verbandsliste. Wo eine Konferenz zwecks Wahl der Delegierten nicht mehr möglich ist, entscheidet die Bezirksleitung über die fünf Mandate. Die Geschäftsleitung.

Bei Hautausschlag, Flechten, Bein- und Krampfadergeschwüren, Hämorrhoiden ist

San.-Rat Haussalbe seit 100 Jahren ein bewährtes und schnellwirkendes Mittel. Original-Dose 4,00, — und 17,40 M. **Elefanten-Apotheke, Berlin SW, Leipziger Str. 74** am Dönhofsplatz, gegenp. Centr. 7122